Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Leipzigerstraße 14.

Anzeigenpreis: 18 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Leipzigerstr. 14. Tel. 1045. 1047. 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 65 Fritz Kreb, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, 5. Mai 1926 | 6. Jahrgang * Nr. 105

5 Millionen im Kampf

Gigantische Machtprobe zwischen Kapital und Arbeit in England

England im Generalstreik

Der am 1. Mai ausgebrochene Streik der Bergarbeiter ist durch Solidaritätsaktion der übrigen Arbeiterschaft zu einem Generalstreik der gesamten lebenswichtigen Industrie geworden. Die Bewegung umfaßt ca. 5 Millionen Arbeiter. Mit dieser Zahl von Streikenden stehen wir vor dem größten Arbeitskampfe, welcher in den letzten Jahren überhaupt ausgefochten wurde. Die Parole zum Generalstreik wurde von den Massen mit Enthusiasmus aufgenommen. Große Demonstrationszüge durchzogen singend die Straßen.

Die Regierung bereitet den Bürgerkrieg vor

Alle Regierungsstellen sind auf die Bekämpfung des Generalstreiks eingestellt. Jeder unterste Polizeibeamte hat persönliche Bewegungsfreiheit, auf seine Weise für „Ruhe und Ordnung" zu sorgen. Er kann willkürlich Versammlungen ansehen, Verhaftungen vornehmen usw.

Alle Beurlaubungen in der Armee sind eingestellt worden. Alle Reserven erhielten die Weisung, sich jederzeit bereit zu halten. Im Schlachtschiffe haben auf der Reede von Liverpool Anker geworfen und zwei Bataillone Infanterie in feldmarschmäßiger Ausrüstung gelandet. Ebenfalls nach anderen wichtigen Häfen Englands sind Kriegsschiffe abgegangen. In den Bergrevieren werden ebenfalls große Truppenmassen konzentriert.

Die Erregung über diese Provokationen ist ungeheuer groß. Die Arbeiterschaft ist sich bewußt, von sich aus allein Ruhe und Ordnung aufrechterhalten zu können, und des „Schutzes der Regierung" nicht zu bedürfen.

Der Marineminister Churchill wurde gestern in der Downing Street von einer wütenden Menge verfolgt und mußte in das Ministerium des Innern flüchten. Die Erregung der Massen war auf die oben gekennzeichneten Maßnahmen zurückzuführen.

Der Verkehr ruht

Fast der gesamte Verkehr ist stillgelegt. Nur Lebensmitteleinfuhr die Arbeiterbevölkerung werden von der Streikleitung freigegeben. In den Straßen der Städte und auf den Zugangsstraßen herrscht in den frühesten Morgenstunden ein belebendes Gedränge. Mit Fahrzeugen aller Art versuchen die Angestellten und sonstigen selbständigen Existenzen an ihre Arbeitsstätten zu gelangen. Allgemein ist eine große Nervosität zu bemerken. In den einschlägigen Geschäften herrscht eine große Nachfrage nach Fahrrädern, Petroleumöfen, Feldbetten und anderen Gegenständen, die notwendig sind, um entweder zum Abend nach Hause zurückkehren zu können oder auch, um sich in den Geschäftsräumen häuslich niederzulassen.

Allgemein wird die mustergültige Arbeitsniederlegung anerkannt. Eisenbahner führten z. B. ihre Züge bis zur Heimatstation und verließen sie ordnungsgemäß in die Schuppen ein.

Auch der Schiffsverkehr ruht. Dafür nimmt aber der Flugverkehr einen ungeheuren Aufschwung. Die Flugzeuggesellschaften benutzen die Situation und fordern doppelte Preise.

Der Schrei nach der „Pressefreiheit"

Ungeheures Aufsehen hat es erregt, daß die Drucker des „Daily Mail" sowie des „Evening Standard" den Druck ihrer Zeitungen verweigert haben. Der Konflikt entstand, weil im „Daily Mail" ein Artikel erscheinen sollte, welcher die Streikende angriff und ihre Bewegung verurteilte. Der „Evening Standard" wollte falsche Meldungen über Streikbruch von Arbeitslosen bringen. In beiden Fällen verlangten die Drucker Zurückziehung der Artikel, und als bei Verweigerung dieser Forderung die Arbeit nieder. Es ist typisch, daß die Bourgeoisie gerade in dem Augenblick von Pressefreiheit spricht, in welchem ihr die Freiheit der Verbreitung von Lügenmeldungen unterbunden werden soll. Die Handlung der Drucker ist nur ein Akt selbstverständlicher Klassensolidarität und ein Ausdruck ihres Klassenbewußtseins. Die Arbeiterschaft muß erkennen müssen, daß die Pressefreiheit ein Begriff ist, welcher nur für den Gültigkeit hat, der die politische und wirtschaftliche Macht in Händen und damit auch die Verfügungsgewalt über die Presse hat. Die Bourgeoisie wird nie davor zurückschrecken, bei jeder Gelegenheit die ihren Bestrebungen gefährlich werdende oppositionäre Arbeiterpresse brutal zu unterdrücken.

Streikbrecher-Mobilmachung

Im Hyde Park in London ist behördlicherseits gesperrt worden und wird zu einem Konzentrationspunkt für Streikbrecher und sonstiges lichtscheues Gesindel ausgebaut. Aus allen Teilen Englands versucht die Regierung, unterschiedslos aus allen Gesellschaftsschichten Leute für die Weiterführung der stillgelegten Betriebe und Verkehrseinrichtungen zu gewinnen. Den Arbeitswilligen wird Schutz zugesichert. Diese Maßnahmen finden allerdings bei politisch arbeitsfähigen Teilen der Bevölkerung wenig Gegenliebe. Die Streikbrechergarden, die technische Nothilfe, setzen sich zumeist aus Leuten der sogenannten besseren Kreise zusammen, die natürlich nicht imstande sind, wirklich produktive Arbeit zu leisten, sondern höchstens Maschinen und Material zu beschädigen. Besondere Aufmerksamkeit wenden die Regierungsstellen den Hunderttausenden Arbeitslosen zu und suchen sie mit allen Mitteln für den Streikbruch zu gewinnen.

Antibolschewistische Hetze

Bei allen diesen Kampfmaßnahmen der Bourgeoisie darf natürlich auch die Lügenpropaganda von der „Antibolschewistischen Liga" nicht fehlen. So schreiben jetzt schon die bürgerlichen Blätter von dem „Eintreffen bolschewistischer Agitatoren", welche eigens aus Rußland herbeigeeilt sind, um die Führung der Bewegung in die Hände zu nehmen. Des weiteren sollen in Hull und Liverpool kommunistische Sprengstofflager (!) entdeckt worden sein. Diese Meldungen werden benutzt, um einerseits die Bevölkerung vor dem Generalstreik graulich zu machen, vor allem aber, um gegen die Führer der Bewegung, d. h. letzten Endes die Kommunisten, mit allen Mitteln vorgehen zu können. So ist z. B. gegen das kommunistische Parlamentsmitglied Saklatvala ein Haftbefehl wegen „aufrührerischer Reden" im Hyde-Park erlassen worden.

Die Flucht der Fremden

Auch eine Folge des Streiks ist es, daß die zahlreichen Fremden fluchtartig England verlassen haben. Doch noch einkommende Dampfer kehren mit dem größten Teil ihrer Passagiere sofort wieder nach dem Kontinent zurück. Doch nicht nur die Fremde, sondern auch große Teile der einheimischen Bourgeoisie haben es vorgezogen, das Ende des Streiks im Auslande abzuwarten. Unter anderem ist gestern der Prinz von Wales im Flugzeug nach Frankreich gefahren.

Trotz alledem

Trotz der genannten Maßnahmen der Bourgeoisie ist die Kampfbegeisterung unter der englischen Arbeiterschaft nach wie vor ungebrochen. Weit über die Kreise der Arbeiterschaft hinaus erfreut sich die Bewegung ungeheurer Sympathien der Bevölkerung. Die englische Arbeiterschaft ist gewillt, sich nicht von dem Unternehmertum niederschlagen zu lassen. Die internationale Arbeiterschaft wird ihr Teil dazu beitragen müssen, die Bewegung zu einem erfolgreichen Abschluß gelangen zu lassen.

Eine Freundin des „Arbeitsfriedens"

Flora Drummond

die „Oberbefehlshaberin" der großen englischen Frauen-Demonstration „für den Arbeitsfrieden in Handel und Industrie".

(Aus der „Berliner Illustrierten Zeitung").

So sehen die Vertreterinnen der Bourgeoisie aus, die die öffentliche Meinung gegen die um ihre Existenz ringenden Bergarbeiter mobilisieren. Sie strotzt vor Fett und Wohlleben auf Kosten der Massen, die sich willig ausbeuten lassen. Die Demonstration, die sie organisiert hat, wollte sagen: Die Bergarbeiter brauchen keine besseren Lebensverhältnisse als die Hundelöhne, die sie für Stlavenfron empfangen! Dem Ruf dieser Kupplerin des Kapitals folgten Tausende von Luxusweibchen und dummen Gänsen der Besitzlosen, die zum Klassenbewußtsein noch nicht erwacht sind.

Welche Lehren müssen wir aus dem englischen Generalstreik ziehen?

Halle, 5. Mai.

Die Bedeutung des englischen Generalstreiks wird allein schon durch die Tatsache charakterisiert, daß die gesamte bürgerliche Presse der Welt über ihn zu schreibt, als wäre bereits in England die Revolution ausgebrochen. Und in der Tat bedeutet der Riesenkampf der fünf Millionen englischen Arbeiter eins der wichtigsten Ereignisse in der proletarischen Geschichte. In einem so gewaltigen Ausmaße wie bisher noch niemals ist ein Kampfbündnis der verschiedenen Schichten der Arbeiterschaft zustande gekommen im Kampf gegen die Kapitalistenklasse. Und diese grandiose Einheitlichkeit ist es, die für die Arbeiter der Welt, insbesondere aber für die zerklüftete deutsche Arbeiterbewegung, ein mustergültiges Vorbild bietet.

Die deutschen Arbeiter können aber auch insofern gerade von dem englischen Riesenkampf lernen, weil dieser gewaltige Abwehrkampf gegen genau dieselbe Kapitalsoffensive unternommen wird, wie wir sie in Deutschland unter dem Namen Rationalisierung der Wirtschaft bereits in der verderblichsten Form kennengelernt haben. Genau so wie in Deutschland die Lasten des verlorenen Krieges und der Dawes-Gesetze auf das Proletariat abgewälzt worden sind, wie die Unternehmer sich zu sanieren versuchen durch verlängerte Arbeitszeit, gekürzte Löhne der Arbeiter und Entlassung von Hunderttausenden, was dann Rationalisierung genannt wird, genau so sollten auch in England die Lasten der Unrentabilität des englischen Bergbaues einseitig auf die englischen Bergarbeiter abgewälzt werden. Auch in England handelte es sich darum, ob die Arbeiter sich den Lohnabbau, die Arbeitszeitverlängerung gefallen lassen wollten oder nicht. Aber während die deutsche Arbeiterklasse dank einer reformistischen Gewerkschaftsbureaukratie fast willens- und widerstandslos die ganzen Rationalisierungsbestrebungen des Unternehmertums hat über sich ergehen lassen, haben die englischen Arbeiter systematisch unter Führung eines linksstehenden Flügels in den englischen Gewerkschaften, der wiederum unter kommunistischem Einfluß steht, ihre Vorbereitungen zur Abwehr der Kapitalsoffensive unternommen. Daß jetzt, anders als in Deutschland, wo Streikbewegungen systematisch von der Gewerkschaftsbureaukratie lokalisiert und dann von den Unternehmern einzeln abgewürgt wurden, mit einer so mustergültigen Geschlossenheit der Kampf aufgenommen worden ist, ist zunächst auf diese genannte englische Linksbewegung in den Gewerkschaften zurückzuführen. Mit Unterstützung der russischen Gewerkschaften gelang es linksstehenden Gewerkschaftsführern wie Cook und Purcell, in ziemlich weitgehendem Maße die englischen Gewerkschaften, früher Hauptstützpunkte des internationalen Reformismus, auf eine Klassenkampfideologie umzustellen. Der Gedanke der nationalen und internationalen Gewerkschaftseinheit ist immer und immer wieder den englischen Arbeitern als Vorbild angepriesen worden. Ganz im Gegensatz zu Deutschland, wo die Gewerkschaftsbureaukratie alle kommunistischen Versuche, eine Einheitsfront zu bilden, in der wütendsten Weise bekämpft. Aus dieser Propaganda für einen einheitlichen Kampf entwickelte sich dann das gewaltige Kampfbündnis der Arbeiter der Urproduktion mit den Arbeitern des Verkehres und darüber hinaus aller anderen Zweige der Industrie.

Das englische Beispiel zeigt es uns heute ganz drastisch, wie verbrecherisch es ist, wenn unsere deutsche Gewerkschaftsbureaukratie sich immer noch der Frage der Industrieverbände gegenüber ablehnend verhält. Jetzt werden es auch die Arbeiter besser verstehen, warum sich die Gewerkschaftsreformisten in der letzten Zeit so eingehend mit der Amerikanisierungspropaganda beschäftigt haben, statt mit der Propaganda einer gewerkschaftlichen Einheit. Die Lobrieder nämlich, die die Gewerkschaftsbureaukratie auf Amerika angestimmt hat, waren nichts anderes, als die indirekte Unterstützung der Rationalisierung im Sinne des Kapitalismus. Und verständlich wird jetzt auch, warum trotz der allgemeinen Kapitalsoffensive, trotz der Millionen von Erwerbslosen, die als Opfer der Rationalisierung auf dem Straßenpflaster blieben, die deutschen Gewerkschaftsführer sich immer wieder gesträubt haben, einen allgemeinen Gewerkschaftskongreß einzuberufen, um die Organisation der Abwehr zu beraten. Wenn man dazu in Gegensatz stellt den Gewerkschaftskongreß der englischen Arbeiter, der unmittelbar vor Ausrufung des Streiks der Bergarbeiter getagt hat und vollkommen einheitlich dem Generalrat der Gewerkschaften die weitgehendsten Vollmachten gegeben hat, so sieht man sofort den gewaltigen Unterschied, der hier vorliegt.

Es ist noch nicht abzusehen, wie sich der englische Generalstreik weiter entwickeln wird. Sicher ist nur, daß die englischen Arbeiter auf ihrem Wege zum Verständnis der proletarischen Revolution durch ihre praktischen Erfahrungen, durch die Brutalität, mit der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260505-15/fragment/page=0001

die englische Bourgeoisie ganz sicher den Generalstreik niederzuschlagen versuchen wird, weiter vorwärts kommen werden.

Und für die deutschen Arbeiter ist es das Wichtigste, daß sie aus dem englischen Beispiel lernen müssen, wie wirklich revolutionäre Kämpfe vorbereitet und organisiert werden. Dort in England ist der Kampf gegen die Rationalisierung mit der ganzen Wucht aufgenommen worden, hier in Deutschland ist bis jetzt noch nichts geschehen, um den Gefahren der kapitalistischen Rationalisierung zu begegnen. Das bedeutet, daß die deutsche Arbeiterklasse sich nicht etwa nur beschränken darf auf Solidaritätskundgebungen internationaler Natur, sich auch nicht nur beschränken darf darauf, nur die Kohlenzufuhr nach England zu verhindern, sondern jetzt muß die Tatsache, daß die englischen und deutschen Arbeiter einen gemeinsamen Feind haben, auch dazu führen, daß auch in Deutschland der einheitliche Kampf aufgenommen wird.

Insbesondere gilt das für die Bergarbeiter, die begreifen müssen, daß der Zeitpunkt, um ihre Forderungen durchzukämpfen, **noch nie so günstig war wie gerade jetzt.** Neben den Bergarbeitern von Waldenburg ist es bekanntlich besonders auch die **mitteldeutsche Bergarbeiterschaft, die zu den am schlechtesten bezahlten Bergarbeiterschichten** gehört. Wochenlöhne von 18 bis 25 Mark bei achtstündiger Arbeitszeit unter Tage und zehnstündiger Arbeitszeit über Tage, bei einem Antreibesystem, wie es in so brutaler Form noch nie existiert hat, das sind Provokationen der Unternehmer, die **jetzt beantwortet werden müssen. Der letzte Schiedsspruch im mitteldeutschen Bergbau** hat bekanntlich selbst die geringe 10prozentige Lohnforderung abgelehnt und es bei dem schändlichen Ueberschichtensystem belassen. **Jetzt ist es an der Zeit, aktive Solidarität mit den englischen Bergarbeitern zu üben dadurch, daß auch die mitteldeutschen Bergarbeiter Hand in Hand selbstverständlich mit den Bergarbeitern im Ruhrgebiet und in allen übrigen Kohlenrevieren Deutschlands ihre Forderung nach menschenwürdigen Löhnen, nach der Siebenstundenschicht unter Tage und der Achtstundenschicht über Tage, nach dem Verbot jedes Ueberschichtensystems erheben und von dem Bergarbeiterverband den Streik für diese Forderungen verlangen.**

Es gilt, diesen Gedanken jetzt in der breitesten Form unter den Bergarbeitern und darüber hinaus unter der gesamten Arbeiterschaft, in den Betrieben und in den Gewerkschaften, konsequent zu vertreten. **Aktionskomitees,** gebildet aus allen Arbeitern ohne Unterschied der Parteirichtung in allen Betrieben, haben jetzt die wichtige Aufgabe, die Gewerkschaften vorwärts zu treiben, das diesmal die Kampfesmöglichkeiten und die günstigen Kampfesaussichten wirklich in der geschlossenen Front ausgenutzt werden.

Wenn gleichzeitig die Propaganda aufgenommen wird für **100prozentige Gewerkschaftszugehörigkeit, für die Zurückeroberung der Gewerkschaften für den Klassenkampfgedanken, für die Umstellung der Gewerkschaften auf Industrieverbände, für ein festes Kampfbündnis der wichtigsten Industriezweige,** für Dinge also, die sich jetzt im englischen Generalstreik mit Erfolg erproben, dann werden **die englischen Lehren für das deutsche Proletariat nicht vergeblich** sein.

Internationale Solidarität!

(WTB.) Amsterdam, 4. Mai. In einer Presse-Unterredung erklärte gestern der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes: Der Internationale Gewerkschaftsbund stelle sich mit seiner ganzen Macht und finanziellen Mitteln in Höhe von über 200 Millionen Gulden hinter die englischen Bergarbeiter und den englischen Gewerkschaftskongreß. Vom Internationalen Gewerkschaftsbund sei bereits ein Rundschreiben an die nationalen Gewerkschaftszentralen abgegangen, worin diese auch um moralische Unterstützung für die englischen Arbeiter ersucht werden. Es stehe fest, daß die englischen Arbeiter mindestens vier bis fünf Wochen den Kampf ohne finanzielle Unterstützung seitens des Kontinents führen können. Auch werde man sicherlich von den 12 Millionen englischen Arbeitern nur die fünf Millionen in den Ausstand hineinziehen, die direkt in lebenswichtigen Betrieben arbeiten.

*

Der Zentralverband der Transportarbeiter erläßt folgende Anordnung:

1. Es darf keine Tonne Steinkohle nach England verschifft werden. Auf Schiffen, die Kohle nach England laden, ist die Arbeit zu verweigern. Wo die Absicht bestehen sollte, Kohle nach England zu verschiffen, ist der Vorstand zu benachrichtigen.

2. Schiffe, die sonst Bunkerkohle in englischen Häfen nehmen und zu diesem Zweck jetzt versuchen, in den Niederlanden zu bunkern, ist die Ruhrkohle zu verweigern.

Hebt brüderliche Solidarität!

Sammelt zur Unterstützung des englischen Riesenkampfes

Der englische Bergarbeiterkampf ist ausgebrochen. Seit Sonnabend stehen die Bergarbeiter im Streik. Die Regierung hat den Belagerungszustand verhängt. Der Generalrat hat den allgemeinen englischen Generalstreik für Dienstag vorgesehen. Die Ereignisse haben sich überstürzt. Jetzt muß die in Moskau gebildete Hilfe des internationalen Proletariats rascher und reicher gegeben werden. In allen Orten müssen sofort Versammlungen und Kundgebungen durchgeführt, in allen Orten und Städten unverzüglich Sammlungen und Unterstützungsaktionen zu dem gewaltigen Kampf der englischen Bergarbeiter eingeleitet werden. Nur wer sofort hilft, hilft wirklich. Der Kampf der englischen Bergarbeiter ist unser Kampf, ihre Niederlage ist unsere Niederlage. Der Sieg der englischen Bergarbeiter ist unser Sieg.

Es lebe die sofortige Hilfeaktion der Proletarier aller Länder für unsere Brüder!

Berlin, den 3. Mai 1926.

Zentralkomitee der Internationalen Arbeiterhilfe.

*

Der LA. Halle-Merseburg der IAH. wird in den nächsten Tagen in Mitteldeutschland eine große Unterstützungsaktion für die englischen Bergarbeiter einleiten. Die Belegschaften der Gruben, Betriebe und Baustellen und die Vorstände aller proletarischen Organisationen fordern wir hiermit auf, zur Organisierung regelmäßiger Geldsammlungen sofort Stellung zu nehmen.

Hilfe den englischen Bergarbeitern!

Es lebe die internationale proletarische Solidarität.

LA. der IAH.,
Halle, Dorotheenstr. 1.
Tel. 9150.

Cook an die deutschen Bergarbeiter

(Eig. Drahtm.) **London,** 5. Mai.

Der **Generalsekretär Cook** hat im Namen der Exekutive der britischen Bergarbeiter eine Erklärung an die deutsche Arbeiterschaft gerichtet. Sie lautet:

Die britische Bergarbeiterschaft hat die Nachricht von der Unterstützung, die ihr Kampf durch die deutschen Bergarbeiter findet, mit großer Freude vernommen. Die Aktion der deutschen Bergarbeiterschaft hat schon jetzt die Internationale der Bergarbeiter fester als jemals zuvor verteidigt. Sie beweist, daß die Bergarbeiterinternationale eine Realität ist, die in Zeiten der Not zu handeln bereit ist. Unsere nächste internationale Aufgabe wird sein, die Arbeitsbedingungen und Anträge der Bergarbeiter international in Uebereinstimmung zu bringen. Die Unternehmer haben sich geirrt, wenn sie gehofft haben, die Bergarbeiter zu isolieren und niederzuwerfen. Unsere Hoffnung ruht auf der wahren internationalen Solidarität.

Die Bourgeoisie hofft auf Macdonald

Der parlamentarische Kuhhandel soll Rettung bringen

In einer Meldung des Berichterstatters der „Vossischen Zeitung" in London wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Macdonaldisten die Krise lösen. Es wird geschrieben:

„Wer ist jetzt der Retter in der Not? Wer baut neue Brücken? Die parlamentarische Arbeit der Partei unter Führung von Macdonald, dem „Nichts-als-Parlamentarier", und auf konservativer Seite der „Nichts-als-Politiker" Churchill, die beide in der gestrigen großen Sitzung des Unterhauses auf dem Resonanzboden des Parlaments in der wohlüberlegten Tonart großer politischer Routiniers trotz der Generalstreikandrohung vor der Galerie eines ganzen Volkes die Grobheiten und Härten der Wirtschaftsoptimaten, der Streik- und Aussperrungserklärungen und der Notstandsverordnung wegzuholen wissen. Kultur und Technik des Parlamentarismus, die sich in ihren Reden meisterhaft offenbaren, verstehen es, die zu hart und kantig gewordenen Problemen neue Angriffsflächen zu geben, die es auch den halsstarrigsten Wirtschaftern ermöglichen, neue Lösungsversuche zu unternehmen, ohne dabei den künstlich vielfach übersteigerten Eigenwert zu stark zu schädigen ... Wenn die Regierung und die Gewerkschaften in dieser Woche eine Formel finden sollten, um den Generalstreik in einer für beide Parteien würdigen Art und Weise abzubauen, und England aus der Krise nur um eine unangenehme, aber für seine sozialpolitische Entwicklung besonders bedenkliche Erfahrung hervorgeht, gebührt dem Parlamentarismus das Verdienst.

Hindenburg wird der Fahne Schwarzrotgold

Reichsbannerblamage in Hamburg

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 5. Mai.

Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten sollen in wichtigen Botschaften, Gesandtschaften und Konsulaten gehißt werden, neben der schwarzrotgoldenen auch die schwarzweißrote Handelsflagge zu ziehen. Das Kabinett und die Reichsminister haben dem bereits zugestimmt. In den Kreisen der demokratischen und sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird diese Flaggenverordnung natürlich helle Empörung hervorrufen. Vorwärts" meint, diese Flaggenverordnung zugunsten von Schwarzweißrot sei mit der Verfassung nicht vereinbar.

*

Die sozialdemokratischen Zeitungen hatten ihren Lesern, besonders den sozialdemokratischen Reichsbannerproleten, nicht einreden können, wie groß und erhaben es sei, daß der Reichspräsident Hindenburg auf Schwarzrotgold geschworen haben sollte, gerade zu dem Häuschen, als Hindenburg zum Male im Knopfloch seines Gehrocks dem staunenden Volk die schwarzrotgoldene Rosette zeigte. Diese „Treue" zu „Schwarzrotgold" hatte es den sozialdemokratischen Führern angetan. Demonstrationen und Ovationen vor Hindenburg gab es. Bekanntlich sind wirklich in der letzten Zeit zahlreiche Ortsgruppen des Reichsbanners vor Hindenburg erfolgt. So auch am 1. Mai in Hamburg. Der Schulsenator von Hamburg, der Genosse Krause, hatte zu diesem Zweck die Kinder Hamburgs vom Unterricht der Schule befreit. Sie sollten alle Vater Hindenburg zujubeln dürfen. **Das Reichsbanner von Hamburg hatte tiefbraune Bereitungen getroffen, um Hindenburg möglichst vollzählig zujubeln zu können.** Und nun folgt auf diese Weihestimmung der Kladderadatsch. Wie das „Berliner Tageblatt" berichtet, Anlaß zu diesem Ruck nach Schwarzweißrot hin der **gestern ausgeführte Besuch des Reichspräsidenten in Hamburg gewesen.** Das „Berliner Tageblatt" schreibt wörtlich:

„Wie verlautet, wurde von Hamburg aus versichert, **in britannischen Hamburg bestehe keine Neigung,** die Reichsfahne **Schwarzrotgold zu zeigen.** Man habe sich deshalb dahin geeinigt, **die Handelsfarbe Schwarzweißrot** mit der Gösch zu hissen, was in Hamburg besonders naheliege."

Wie wir bereits mitgeteilt haben, ist in den Kreisen des Reichsbanners eine starke Empörung ausgebrochen, weil man die Provokation gezwungen hat, vor Hindenburg zusammen mit den bürgerlichen Verbänden zu demonstrieren. Gleichfalls haben die sozialdemokratischen Frauen von Rothenburgsort (ein Stadtteil Hamburgs) sich geweigert, der Parole des sozialdemokratischen Senators Krause Folge zu leisten, ihre Kinder zu Hindenburg zu jubeln.

Streikbewegungen

Streik im Großkraftwerk Rummelsburg-Berlin

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** den 5. Mai. Die Belegschaft des Baus des Großkraftwerks Rummelsburg beschäftigt 15 Prozent der Arbeit niedergelegt. Sie fordert u. a. Achtstundentag und einen Mindestlohn von 1,25 Mk. Zwischen DMV. und den Berliner Metallindustriellen finden deshalb heute Verhandlungen statt.

Riesenaussperrung in der australischen Maschinenbauindustrie

r. r. p. **London,** 4. Mai. In der australischen Maschinenbauindustrie wurden 20 000 Arbeiter ausgesperrt. Damit ist der mehreren Wochen zwischen den Unternehmern und den Gewerkschaften geführte Kampf um die Arbeitszeit offen zum Ausbruch gekommen. Die Arbeiterschaft hat klar ihren Willen zum Ausdruck gebracht, keine Arbeitszeitverlängerung anzunehmen.

Die ungarischen Bergarbeiter stellen ein Ultimatum

r. r. p. **Budapest,** 4. Mai. Die Deputation der Salgotarjan-Bergarbeiter hat mit der Regierung ergebnislos verhandelt. Daraufhin beschlossen die Bergarbeiter in einer Versammlung in Salgotarjan, wenn innerhalb drei Tagen ihren Forderungen Genüge getan wird, neuerlich den Marsch auf Budapest zu treten. Die Bergleute der anderen Reviere wollen ebenfalls nach Budapest marschieren.

In den Budapester Fabriken herrscht ungeheure Erbitterung, noch durch das freche Verbot der Mettundgebungen gesteigert wurde. Der Wille des ungarischen Proletariats zur Niederwerfung ihrer blutbesudelten Unterdrücker ist einheitlich und glühend. Es handelt sich jetzt nur darum, ob es der Sozialdemokratie diesmal gelingen sollte, die ungarischen Arbeiter von der Tat zu zurückhalten.

„Der fröhliche Weinberg"

Lustspiel in drei Akten von Karl Zuckmayer

Es ist gefährlich, daß „Der fröhliche Weinberg" fast nur noch aus der Verteidigungsperspektive gegen Couleurstudentenideologie betrachtet wird. Dadurch wird dieses Stück zwar nicht überschätzt, aber ganz anders eingeschätzt als ihm, trotz Verleihung des Kleist-Preises, vorherbestimmt war. Es ist das Stück einer liberalisierenden Bourgeoisie, und wenn der Hochschulring deutscher Art Resolutionen dagegen faßt, so verfehlt er es einfach in sein Gegenteil; er möchte es in eine proletarische Linie hineinbozen, und das ist die tollste Verkennung der Zuckmayerschen Absichten. „Die Studenten sangen das Deutschlandlied, die Kommunisten, die sich zu Gegenkundgebungen eingefunden hatten, antworteten mit der Internationale" schrieb die „Hallesche Zeitung" nach dem Sonntagsstrach im Walhalla-Theater. Die Kommunisten dachten nicht daran, die Internationale zu singen. Sie hatten sich auch nicht zu Gegenkundgebungen eingefunden. Hätten sie es getan, dann wäre es den akademischen Radaubrüdern wahrscheinlich nicht möglich gewesen, zwei Stunden lang deutsches Unwesen zu bekunden. „Die Kommunisten" hatten nämlich nicht den geringsten Anlaß, sich als Schutzgarde um diesen „fröhlichen Weinberg" zu gruppieren, der seinem Besitzer schwere Gelder und seinem Autor fette Tantiemen einbringt. Was in der rheinischen Herbstnacht über die Grenzen des nach außen hin Erlaubten geschieht, wird bereits bei Morgendämmerung wieder weitgemacht, teils durch Monogamie, teils durch Einheirat, und der Rheinschiffer Jochen, den man als einziges proletarisches Element hätte bezeichnen können, wenn man durchaus gewollt hätte, bekommt sein eigenes Schiffchen mit seinem eigenen Häuschen darauf, das, wär's noch so klein, jedes Spießerherz mit freudiger Genugtuung wieder gleichmäßig schlagen macht. „Wir sind von unten raufgekommen", so ähnlich sagt der derbe Marzipan-Prolet. Da hinauf wollen wir aber gar nicht.

*

Einschaltung. Wie ist es wohl gekommen, daß in Berntskteil dreißigtausend Weinbauern das Finanzamt gestürmt und die Steuerakten vernichtet haben?

*

Karl Zuckmayer, zweiundzwanzig Jahre, hat heimgefunden. Während der „Panzerkreuzer Potemkin" aus seiner filmischen Eindimensionalität Wellen stärkster Erschütterung über die gesamte deutsche Theaterproduktion spült, beschäftigt sich der für die Bourgeoisie hoffnungsvollste Könner mit der Darstellung des juste Milieu vom Mittelrhein.

Die ist ihm allerdings gelungen; elementar triebhaft, farbecht. Ein saftvolles, ein saftiges Theaterstück. Mit Tempo und Rhythmus. Mit unübersetzbaren Dialektproben. Mit zwei unaussprechlich jüdischen Weinreisenden. Mit „Teure Heimat" und dem „Reßlein". Mit dem Studenten Knuzius, der seinen Widerpart „auf die Toilette bittet" und jegliche Potenz durch Renommage ersetzt.

Ein saftiges Theaterstück. Und weil es nicht mehr zu sein vorgibt, will man ihm wohl. Da ist nirgends literarischer Bluff. Es ist abgerundet, keine Mühe der Ausbalancierung ist erkennbar. Es ist gekonnt. Bis auf den Gastwirt mit der Sau vielleicht, der bedenklich ins Blumenthal-Kadelburgsche tendiert.

*

In Halle bemächtigte sich das Walhalla-Theater des Werkes. Während das Stadttheater auf heimlicher Brautfahrt ertappt wurde, hat ein ausländisches Ensemble mit „Fröhlichen Weinberg" auf ein paar Bretter verpflanzt, die alles andere als die Welt bedeuten. Da konnte denn auch nicht dick genug aufgetragen werden. Zwischen den Akten gab es Zwischenaktmusik, gegen die das „Reßlein" wie mit dem Kleistpreis ausgezeichnet erscheint. Daß die darstellerische Intensität als Schauspieler meist durch hartes Lautsprechen ersetzt wurde, dürfte manchmal, aber nicht immer an der Unmöglichkeit dieser Bühne gelegen haben. Trotzdem gab es auch in der Darstellung Lichtpunkte: Der Kölner Weinhändler Stenz von Hans Megens, die beiden Weinreisenden Löhfe Bär und Hahnesand von Walter Berg und Robert Jungk.

Um den Knuzius hat sich, mehr als sein Darsteller, die hallische Studentenschaft verdient gemacht. Sie war hier ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Olf.

*

Neue Studentenkrawalle

fanden gestern im Walhalla bei der Aufführung des „fröhlichen Weinberg" statt. Wie bei der zweiten diesigen Aufführung traten die Studenten wieder auf den Plan, die mit Knüppeln vorsorglich ausgerüstet, die „Elite" der bürgerlichen Gesellschaft. Was gestern von den Rückschrittsaffen an Rüpeleien geleistet wurde, spottet jeder Beschreibung. Mit allen Mitteln versuchten diese Burschen die Vorstellung unmöglich zu machen. Sie schrien, pfiffen, trampelten wie die Irrsinnigen. Stinkbomben wurden vom Rang geworfen. Unbeteiligte, die gegen dieses Treiben protestierten, wurden in unflätigster Art beschimpft und bedroht. Und das alles geschah im Angesicht der — Polizei. Es wurden wohl verschiedene Krakehler entfernt, aber der Lärm hatte kein Ende. Zum Schluß riefen einige im Parkett: „Wir haben geschafft!" Es lag also ein systematisches Vorgehen zur Verhinderung der Aufführung vor.

Ellen Key

Von **Käthe Duncker,** Berlin

Dieser Tage ist — siebenundsiebzig Jahre alt — die schwedische Schriftstellerin Ellen Key gestorben. In den letzten zwanzig Jahren vor dem Krieg gehörte ihr Name in den Reihen der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, der Lebens-, Ehe- und Erziehungsreformer und der Pazifisten zu den bekanntesten im westlichen Europa, und sie ward in diesen Kreisen als warmherzige Menschenfreundin und glänzende Stilistin allgemein anerkannt.

Sie nannte sich selbst eine Sozialistin, und dieser Name galt auch von ihren Kritikern aus der alten Sozialdemokratie als Zeichen der Gleichstellung. Wir können ihn trotzdem nicht gelten lassen. Sie bleibt in den Gedankengängen einer rein bürgerlich individualistischen Weltanschauung, und ihre praktischen Vorschläge riechen bedenklich nach den Schubfächern kleinbürgerlicher Hausapotheken. Sie hat zumeist nur die gebildete bürgerliche Frau im Auge. Ihren pinchischen Nöten und Kämpfen, ihren verfeinerten Anforderungen gilt Ellen Keys Liebe und Sorge. Sie hat warnend den Finger erhoben, als die bürgerliche Frauenbewegung in ihrem Bestreben, es dem Manne gleichzutun, das Ziel hinausschoß. Nicht Vermännlichung der Frau, sondern Freimachung ihrer spezifisch weiblichen Persönlichkeit, „Mütterlichkeit", das sollte die Losung sein. —

Wo Ellen Key von „mißbrauchter Frauenkraft" spricht, meint sie die Kräfte, die, aufgewendet für Examina, für „Wettlauf mit dem Mann auf allen Arbeitsgebieten", ihrer „weiblichen Eigenart", der „Mütterlichkeit" verloren gehen. Sie meint nicht die „mißbrauchte Frauenkraft", die nach 8 bis 10 Stunden in heißem, geräuschvollem Maschinensaal noch einen Haushalt in Ordnung halten, noch Mutterpflichten erfüllen soll; nicht die „mißbrauchte Frauenkraft" in der Heimindustrie, auf Bleichplätzen, Ziegeleien und Bergwerken! Wo sie das hohe Lied der Mutterlichkeit singt, da fragt sie nicht danach, welche Modifikationen diese Weihnaturn, diese Mütterlichkeit dort erfahren, wo es gilt, im Hinterhaus, vier Treppen hoch, in Stube und Kammer mit 15 Mark in der Woche Mann und Kindern ein Heim zu bereiten. Wo sie das Jahrhundert des Kindes verkündet, wo sie — in vollendeter Form und mit liebevollem Eingehen auf die Kindesnatur — eine Reform der Erziehung fordert, da fragt sie sich nicht darum, wie diese Reform unter den heutigen gesellschaftlichen Zuständen verwirklicht werden könnte. Sie kennt die Hindernisse im Auge, die sich aus der individuellen Ungleichheit, aus Bequemlichkeit und Unverständnis der Eltern ergeben. Diese Hindernisse zu beseitigen, Breschen in den Wall von Vorurteilen zu legen, das ist ihr Ziel. Bis an den Rand der von bürgerlichen Bedingtheiten führt ihre Kritik sie auch hier nicht.

Dem kämpfenden Proletariat vermag Ellen Key daher nichts zu sagen. Die Aufrichtigkeit ihres Wollens und ihr schriftstellerisches Können beweisen wir nicht; aber sie konnte nicht aus der bürgerlichen Philanthropie, der schulmeisterlichen Attitüde heraus. Sie hat den bürgerlichen Frauen in den letzten Jahrzehnten vor dem Krieg manche Anregung gegeben; sie hat hier lernt und diese neue Generation sie kaum noch. Das Proletariat und seine Nöte, für die Ihre des Klassenkampfes, sie ohne Verständnis. Deshalb: Laßt die Toten ihre Toten begraben!

*) Ellen Key, Mißbrauchte Frauenkraft, Verlag von Albert Langen, München.

**) Ellen Key, Das Jahrhundert des Kindes, Verlag S. Fischer, Berlin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260505-15/fragment/page=0002

Die 23 Rechten triumphieren

Weils erklärt, daß der Parteivorstand politisch auf seiten der 23 steht

Ergänzend zu unseren Meldungen über die offene Stellungnahme der 23 rechten Sozialdemokraten im Sächsischen Landtag für die Koalition der Bourgeoisie in der Frage der Fürstenabfindung und gegen die Aufhebung der Immunität des Genossen Böttcher, können wir heute feststellen, daß die Renegaten für diese ihre treuen Dienste bereits von der sächsischen Regierung belohnt werden. Die sächsische Regierung hat den Führer der 23, den Abgeordneten Bethke, zum „Chefredakteur der „Sächsischen Staatszeitung" ernannt. Der linke Sozialdemokrat Edel flog seinerzeit aus der Redaktion dieser Zeitung heraus.

Diese Ernennung Bethkes ist nicht nur eine offene Provokation der sozialdemokratischen Arbeiter, sondern bedeutet vor allem eine ungeheure Stärkung der Position der 23. Der Ministerpräsident und Sozialdemokrat Heldt dangt um seinen Regierungssessel. Mit Hilfe der „Sächsischen Staatszeitung", d. h. mit Hilfe der 23 Rechten, soll jetzt schon der kommende Wahlkampf vorbereitet werden. Die Renegaten werden, sich auf die Zeitung stützend, während des Wahlkampfes eine eigene Partei bilden und werden dabei tatkräftig durch die Regierung unterstützt werden. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft wird das Schauspiel einer ungeheuren Wahlkorruption erleben. Und der lachende Dritte wird die Bourgeoisie sein.

Was sagt der sozialdemokratische Parteivorstand zu all diesen Dingen?

Aus dem jetzt wöchentlich erscheinenden Mitteilungsblatt der Rechten entnehmen wir einen Bericht über die Tagung des sozialdemokratischen Parteiausschusses. Auf dieser Tagung war u. a. ein Vertreter der 23 anwesend. Die beiden Gruppen legten eingehend ihren Standpunkt klar. Der Parteivorsitzende Weis solidarisierte sich ausdrücklich mit den 23, indem er erklärte, daß, **wenn die politische Seite hier zur Entscheidung stehen würde, die Sympathie des Parteivorstandes bei den 23 wäre.** Der Vertreter der Rechten erklärte, daß, wenn man die 23 Rechten lautlos erledigen wollte, diese dann einigen Boden für ihre Propaganda schaffen würden. Im übrigen seien seine Freunde der Meinung, daß, **bevor die Partei in einem Landtagswahlkampf nicht gewesen seien, es zu einer wirklichen Verständigung in Sachsen komme.** Das Ergebnis des Parteiausschusses war eine Entschließung, in welcher die Einsetzung eines Schiedsgericht zur Erledigung des Konflikts **unter Verweidung jeglicher Störung der Parteieinheit** verlangt wird. Diese Entschließung wurde **einstimmig** angenommen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter haben bisher keinen ausführlichen Bericht über die Tagung des Parteiausschusses von ihrem Parteivorstand erhalten können. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen sich energisch gegen jede weitere Vertuschung der Angelegenheit unter dem Motto der Erhaltung der Parteieinheit wehren. Der Konflikt wird, was jeder sozialdemokratische Arbeiter erkennen muß, deshalb nicht ausgetragen, weil, wie Weis sagt, **man politisch mit den 23 Rechten einverstanden ist, d. h. also nach wie vor die Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie fortführen will.** Von ihren sogenannten „Linken" führenden müssen die sozialdemokratischen Arbeiter verlangen, daß wirklich linke Politik getrieben wird, d. h. eine **gemeinsame Kampffront mit den kommunistischen Arbeitern** hergestellt wird. Wenn die „Linken" sich weigern, diesen einzig möglichen Weg des Klassenkampfes zu beschreiten, so müssen die Arbeiter auch über die Köpfe ihrer Führer hinweg die gemeinsame Kampffront herstellen.

„Der Sündenfold der Roten Frontkämpfer"

und die Blutheze der „Leipziger Volkszeitung"

Die „Leipziger Volkszeitung" ist durch die Tatsache, daß trotz ihres Verbots gegen die gemeinsamen Maidemonstrationen der KPD. und SPD. dennoch eine einheitliche Demonstration zustandegekommen ist, sehr erbost. Sie erzählt in ihrer Nummer vom 3. Mai folgendes Lügenmärchen:

„Da die Leipziger KPD. nur noch geringen Anhang hat, waren die „roten Frontkämpfer" **aus zahlreichen Orten Mitteldeutschlands, sogar aus Berlin, mobil gemacht** und nach Leipzig bestellt worden. Jeder **auswärtige Frontkämpfer hatte einen Sold von 7,50 Mark erhalten, und für dieses Sündengeld** ließen sich die „Frontkämpfer" herbei, die Maifeier der SPD. und der Gewerkschaften zu sprengen."

Wenn man seine eigene örtliche Schwäche verdecken will, greift man bekanntlich zu dem Mittel, dem Gegner dadurch zu verkleinern, daß man behauptet, er habe seine Reserven aus anderen Gegenden zusammengezogen. Wir bedauern, feststellen zu müssen, daß die anwesenden Frontkämpfer ähnlich aus Leipzig waren, und was den Sündensold von 7,50 Mk. anbelangt, so sind wir der Ueberzeugung, daß kein sozialdemokratischer Leser den „Leipziger Volkszeitung" auf diese freche Lüge hereinfallen wird.

Noch schlimmer aber ist die Perfidie, die in folgenden Sätzen der „Leipziger Volkszeitung" in diesem Zusammenhang zum Ausdruck kommt. Sie schreibt:

„Es sollte doch endlich der Mut aufgebracht werden, diesem Treiben der Kommunisten entgegenzutreten. Man soll die Schuld nicht bei den eigenen Führern suchen, sondern soll einmal der Gewalt der Kommunisten mit Gewalt entgegentreten, notgenommen mit Polizeigewalt. Es ist heute nicht mehr so wie früher, daß die Polizei einfeitig unter der Herrschaft der Besitzenden gegen die gesamte aufstrebende Arbeiterbewegung angewandt wird. Heute kann sich jeder Staatsbürger unter ihren Schutz gegen den Terror anderer stellen."

Diese Sätze richten sich von selbst. Die Einheitsfront des Proletariats soll mit Gewalt, Blut und Polizeiterror auseinandergerissen werden. Herr Weis wird sich die Hände reiben, und die Bourgeoisie wird dankbar sein für die Hilfeleistung. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten", das schwarzweißrote Hakenkreuzblatt, hat bereits die linke SPD. in dieser Frage aufs wärmste in Schutz genommen. Die Arbeiter werden aus diesen Tatsachen zu lernen wissen und nun erst recht die Einheitsfront gegen ihre Hetzer und Feinde zu schließen wissen.

Der Riesenkampf in England und was geschieht in Deutschland?

An die deutsche Arbeiterschaft!

Genossen!

Vollkommene Arbeitsniederlegung der 1 206 000 englischen Bergarbeiter! Als 4. Mai Generalstreik des gesamten englischen Proletariats!

Diese inhaltsschweren Worte zeigen an, daß in England der größte, gewaltigste Wirtschaftskampf, den die Welt je gesehen hat, ausgebrochen ist.

Um was geht der Kampf?

Die englische kapitalistische Wirtschaft steht genau so, wie die kapitalistische Wirtschaft in den übrigen europäischen Staaten am Ende ihres Lateins. Sie kann die Arbeiterklasse nicht mehr ernähren, ihr nicht mehr ausreichend Arbeit und Lohn geben.

Doch auch die englische Bourgeoisie will genau so wie in Deutschland ihren Bankrott nicht eingestehen. Sie will ihre Herrschaft auf Kosten der Arbeiterklasse, auf Kosten der Verelendung und des Hungertodes von Millionen von Proletariern aufrechterhalten.

Deshalb wollen die englischen Kapitalisten, die englischen Kohlenbarone, dasselbe Rezept wie die deutschen Kapitalisten anwenden. Sie wollen die englische Wirtschaft „retten", indem sie als letztes in Europa auch das englische Proletariat zu

Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung

zwingen. Zu den schon vorhandenen 1,5 Millionen englischen Arbeitslosen sollen weitere Millionen auf die Straße geworfen werden und die übrigen Arbeiter im Betrieb zu verschärfter Ausbeutung gepreßt werden.

Der Angriff richtet sich formell nur gegen die Bergarbeiter. Doch die ganze englische Arbeiterklasse, die gesamte englische Gewerkschaftsbewegung hat die Gefahr erkannt. Sie weiß, der Angriff gilt nicht nur den Bergarbeitern, sondern allen englischen Proletariern.

Deshalb hat der außerordentliche englische Gewerkschaftskongreß

den Generalstreik für ganz England

erklärt.

Deutsche Proletarier!

Wo ist bei Eurem Lohnabbau, bei dem Raub Eures Achtstundentages, bei Eurem Massenabbau seitens des ADGB. etwas ähnliches geschehen?

Und doch stehen die Dinge in Deutschland noch viel schlimmer als in England.

Doch in Deutschland haben die reformistischen Gewerkschaftsleitungen, hat der ADGB. die einzelnen Proletarierschichten jedesmal einzeln verbluten und niederschlagen lassen. Die Kommunisten verlangten in Deutschland seit Jahr und Tag die Anwendung derselben Taktik, die jetzt in England angewendet wird. Die Reformisten haben die Oppositionsführer deshalb aus den Gewerkschaften geworfen.

Deutsche Gewerkschafter, lernt heute daraus!

Ihr Bergarbeiter, denkt daran, wie Eure Siebenstundenschicht beseitigt, wie Eure Löhne niedergehalten, wie 180 000 von Euren Kameraden auf die Straße geworfen wurden und heute vom erstarkten Grubenkapital verhöhnt werden.

Ihr Eisenbahner und Beamte! Auch bei Euch wurden hunderttausende unter Bruch selbst der Verfassungsbestimmungen auf das Pflaster geworfen und rücksichtslos geht der Abbau weiter, um Euch unter dem Damoklesschwert der ständigen Entlassungsandrohung würbe zu machen, Euch die elendsten Hungerlöhne aufzuzwingen.

Ihr Metallarbeiter, Holz-, Transport-, Textilarbeiter und Proletarier aller anderen Berufe! Denkt daran, wie Euch der Achtstundentag gestohlen, der Lohn abgebaut wurde, wie Ihr zu Hunderttausenden auf die Straße geworfen und dem Hunger überliefert worden seid.

Unter dem Stichwort Rationalisierung, Rettung der Wirtschaft geht diese Kapitalssensense weiter.

Was aber machen die Gewerkschaftsleitungen? Auch sie rufen: Rettung der Wirtschaft, auch sie treten ein für kapitalistische Rationalisierung. Weil sie für „Rettung der Wirtschaft, für Rationalisierung" waren und sind, deshalb fielen sie 1918 und 1919 dem siegreichen Proletariat in den Arm, retteten sie im Kapp-Putsch den Kapitalismus vor dem siegreichen Generalstreik des deutschen Proletariats.

„Rettung der deutschen Wirtschaft" war auch das Leitmotiv des Reformismus, als er mit seiner Streikbruchparole im großen Eisenbahnerstreik im Februar 1922 den schon sicheren Sieg der Eisenbahner verhinderte.

„Rettung der Wirtschaft" war auch die Parole, unter der die Reformisten im Ruhrkampf mit der Bourgeoisie zusammen arbeiteten, mit der sie den Cuno-Streik abzuwürgen versuchten, und mit der sie den Ermächtigungsgesetzen und dem Dawes-Plan zustimmten.

Das alles, deutsche Proletarier, sind die Ursachen, weshalb ihr heute die ausgebeutetsten Lohnsklaven der Welt seid.

Eure niedrigen Löhne, Eure lange Arbeitszeit sind mit eine der Hauptursachen des englischen Kapitalsangriffes.

Doch, wie antisowjet das englische Proletariat, die englischen Gewerkschaften? Sie sagen:

Nicht Rettung der kapitalistischen Wirtschaft,

was nur Rettung des Kapitals und Unterdrückung des Proletariats bedeutet, sondern

Rettung der Existenz der Arbeiterklasse.

Mag dabei der kapitalistische Profit zugrunde gehen. — Das erste und oberste Ziel der Gewerkschaften muß sein: Menschenwürdige proletarische Existenz, ausreichende Löhne, vollständiger Achtstundentag, Siebenstundenschicht für Bergleute unter Tag, alle Arbeitslose in den Produktionsprozeß.

Der englische Riesenstreik muß zum Kampfsignal für Deutschland werden

Ihr deutschen Bergarbeiter, Eisenbahner, Transport-, Metall-, Bau- und Textilarbeiter müßt heute, müßt jetzt die Konsequenzen aus dem englischen Kampf ziehen.

Volle Kampfsolidarität mit dem englischen Proletariat!

Keine Ueberschichten — weg mit dem Arbeitszeitabkommen!

Kein Stück Kohle, kein Kilo Streikbrecherware nach England und den Absatzmärkten für englische Kohle.

Bildet unverzüglich Kontrollausschüsse zur Verhinderung von Warensendungen nach England.

Umfassende finanzielle Unterstützung der englischen Arbeitskollegen. Erhebung von Extrabeiträgen durch die Gewerkschaften.

Stellung derselben Forderungen wie in England auch in Deutschland.

Sofortige Bildung eines Kampfbündnisses der wichtigsten Gewerkschaften auch in Deutschland.

Deutsche Proletarier, Gewerkschafter!

Die sofortige Organisierung des Kampfes nach englischem Muster für Eure eigenen Interessen, für mehr Lohn, für Arbeitszeitverkürzung und Achtstundentag, für die Erwerbslosenforderungen ist die wirksamste Solidaritätsaktion für das englische Proletariat!

Darum:

Keine Solidarität der Phrasen, sondern eine Kampfsolidarität der Tat.

Das Proletariat ist unüberwindlich, wenn es national und international einig und geschlossen kämpft.

Nieder mit den Ausbeutern und ihren Helfern!

Es lebe das Kampfbündnis der deutschen mit den englischen Arbeitern!

Es lebe der Sieg der Arbeiterklasse!

Zentralkomitee der KPD.

(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Lohnforderungen der Metallarbeiter

Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß Halle

Der Deutsche Metallarbeiterverband für die Tarifgebiete Magdeburg, Anhalt und Halle hat an den Schlichtungsausschuß zu Halle die Forderung aufgestellt, die jetzt bestehenden Löhne von 68 Pf. auf 80 Pf. zu erhöhen. Es ist dies ihre alte Forderung. Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß finden bereits am Dienstag, dem 8. Mai, statt.

Wirinea

Roman von Lydia Sejfullina

Nach Mafeiche erging sich in ihrer Hütte in Schelten, Seufzern und Gebeten. Kummer und Schmerz vertrieben den Schlaf. Wieder mußte sie den Winter allein zubringen. Alles hatte man ins Zuchthaus geschafft, obwohl er am Tage der Ermordung des Ingenieurs und jene ganze Nacht, von seiner Krankheit geschlagen, darniedergelegen hatte. Er hätte sich leicht rechtfertigen können, verwickelte sich aber vor Schreck in Widersprüche. Man wollte den Verdacht auf Magara lenken, es kam aber so, als ob es den Anschein hatte, er selbst habe Magara zu dem Mord angestiftet. Und je mehr er verhört wurde, desto schlimmer wurde er verwickelte sich vollständig. Die Behörde begann die Beschuldigung des Magara zu bezweifeln. Und so starb Mafiche als Angeklagter im Zuchthaus.

Die Einwohner von Agyromka vermuteten, daß es Magara gewesen sei, und doch wieder glaubten sie es nicht. Niemand aber wußte, er ermüdet würde. Denn dann würde ja die ganze Sache von neuem anfangen. Man hatte die Dörfler schon ohnehin mit Verhören geplagt. Jetzt war bereits Gras über die Sache gewachsen. Der Ingenieur hatte offenbar keine Verwandten. Niemand, außer den Behörden, bemühte sich darum, den Mörder ausfindig zu machen. Als Mafiche gestorben war, war nichts mehr zu Untersuchung und Gericht zu hören. Man verstärkte nur die Bewachung des Bahnbaues. Auch die Ingenieure wurden vorsichtiger. Sie hüteten sich, ohne zwingenden Grund zu später Stunde zu erscheinen.

Mirka sprach man alsbald von aller Schuld frei, schickte sie als Waise aus der Stadt in die Heimat zurück und stellte sie dort unter Aufsicht. Jetzt hatte sie, wie es hieß, auch einen Ausweis. Ihre Verwandten nahmen sie selbstverständlich nicht bei sich auf. Sie selbst hatte keine Lust dazu. Sie begann beim Bau zu arbeiten. Im Winter wurden die Bauarbeiten an vielen Bahnstrecken eingestellt. Aber bei Agyromka wurde durch den Berg ein Tunnel hindurchgeführt. Mirka wohnte jetzt zusammen mit Flüchtlingen in den Baracken. Sie begann ein sehr tolles Leben. An jedem Feiertag war sie betrunken und ausgelassen vergnügt. Auf der Straße zwischen den Baracken vor dem Dorfe fühlte sie sich wie zu Hause. Sie tanzte dort, sang Lieder und trieb ihre Sünde mit ausschwärmenden Bauern und Arbeitern. Zu aller Erstaunen aber ließ sie keine Herrschaften an sich heran, obwohl viele von ihnen sich für sie interessierten. Sogar der Chef der Landespolizei kam angefahren und wollte sie als Köchin bei sich anstellen. Zuerst wollte sie nicht einmal zu ihm hingehen und mit ihm sprechen. Man schleppte sie gewaltsam zu ihm hin. Sie blickte ihn mit einem spöttischen Lächeln an, strich sich die zerzausten Haare glatt und sagte:

„Du bist die Obrigkeit, Dir ist die Macht gegeben, nur nicht die Macht über mich. Ich lasse mir jetzt keinerlei Vorschriften mehr machen, guter Herr, denn ich habe jetzt vor nichts mehr Angst. Ich werde nicht zu Dir kommen. Du kannst mir keine Furcht einjagen. Ich wünsche es nicht."

Und das sagte sie in Gegenwart von drei Bauern und dem Polizeiwachtmeister. Der Chef der Landespolizei bekam rote Flecken im Gesicht. Vor Ratlosigkeit zupfte er sich an den blanken Knöpfen seiner Uniform.

„Was redest Du für dummes Zeug? Ich habe gar nicht daran gedacht, Dir zu drohen oder Dich gewaltsam zu mir zu rufen. Ich brauche eine erfahrene Köchin, und da machte man mich auf Dich aufmerksam. Ich bitte, mit diesem dummen Geleite aufzuhören. Wenn Du die Stelle nicht nehmen willst, so laß es bleiben! Ich war der Meinung, daß Du Arbeit brauchtest."

„Es gibt mehr Arbeit, als unser Buckel zu tragen vermag. Eurosgleichen brauchten nicht wegen einer Arbeitskraft so weit zu fahren. Es würden sich Leute in Eurer Nähe finden, würden sich, wenn sie davon hörten, von weit herschleppen. Denn es heißt doch, daß das Brot dem Bauch nicht nachläuft. Du aber willst mich nicht zur Arbeit, sondern damit ich Dir das Leben versüße."

„Scher Dich fort, Du dummes Weib! So ein widerwärtiges, abscheuliches Bauernweib! Paß Du mir auf! . . ."

Als sie bereits in der Tür stand, erwiderte sie ihm, nicht aus Bosheit, sondern so, als spräche sie in Gedanken mit sich selbst:

„Ich sagte ja schon, daß ich gar keinen Grund habe, auf der Hut zu sein. Ich fürchte mich jetzt weder vor dem Gefängnis, noch vor dem Wanderstab, noch selbst vor dem Tode. Ueber Dich aber werde ich keinen guten Ruhm verbreiten. Wenn ich wollte, könnte ich auch Leute finden, die für mich eintreten würden. Gar zu honigüß hat mich, wie es scheint, meine Mutter geboren: selbst die Herren von den städtischen Behörden fleben wie Fliegen an mir. Brauchst gar nicht mit dem Fuße zu stampfen, ich gehe schon . . ."

Er fuhr in großer Aufgebrachtheit hoch. Man meinte, daß nun Mirkas Ende kommen würde. Aber es lief gut ab. Selbst ein so hoher Herr hatte sich gescheut, ihr etwas anzutun, oder er hatte sie vergessen. Wie es hieß, hatte er im Krankenhaus an einer jungen Aerztin Gefallen gefunden und sich mit ihr getröstet. Es kam aber noch ein Herr gefahren, der Mirka „zur Verfügung seines Lebens" bei sich im Hause anstellen wollte.

Er kam von einem ferngelegenen Streckenabschnitt, war der Oberste über viele Ingenieure. Er war ein strenger, leicht ergrauter, richtiger Herr und war sauberer gekleidet als alle anderen Herrschaften in der Gegend. Die Hände hielt er immer so, als befürchte er, sie durch Berührung mit anderen Menschen zu beschmutzen, und den Kopf trug er sehr hoch. An Mirka machte er sich mit Freundlichkeit, mit einem Lächeln in seinem Schnurrbart heran. Mirka wies ihn nicht sofort zurück. Sie fragte ihn:

„Wieviel Gehalt willst Du mir geben?"

„Ich weiß es wirklich nicht . . . Sagen Sie mir, welche Summe Sie als genügend betrachten würden. Sie verstehen doch zu kochen und überhaupt . . . Ich glaube, daß Sie meinen Bedürfnissen entsprechen würden. Ich liebe einen guten Tisch und akkurate, saubere, gesunde Dienstboten."

„Natürlich alles, wie es sich gehört. Ich habe schon bei vielen Herrschaften gedient und errate, was Sie brauchen."

„Nun gut. Das freut mich sehr. Ich bin nicht geizig. Ich bin bereit, Ihnen zwanzig Rubel monatlich zu zahlen. Alles andere selbstverständlich frei. Doch bitte ich Sie, vorher zum Arzt zu gehen, und sich untersuchen zu lassen, ob sie nicht die Krätze oder irgendeine andere ansteckende Krankheit haben . . ."

„Und aus wieviel Personen besteht Ihre Familie?"

„Ich bin allein, ohne meine Familie, auf dem Bau. Sie werden es nicht schwer haben."

„Wie sollte denn das auch schwer sein, das kann ja nur angenehm sein. Und wieviel haben Sie ihrer früheren Köchin gezahlt?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260505-15/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Unterbezirk Halle: Bankstraße 14. Fernruf 1472. — Postscheckkonto Leipzig 107 002.
Reichsbank Halle 110. Postsch.-Sekretär.
Geschäftsstunden: Täglich 8 bis 6 Uhr. Gewerkschaftsangestellten geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbereich Letzebuerg 0007

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Zellengruppe 1. Zellengruppenversammlung Donnerstag, 6. Mai, ebenso 8 Uhr, im Lokal Freundlich. Alle Betriebs- und Straßenzellenmitglieder haben zu erscheinen.
Zellengruppe 5. Zellengruppenversammlung Donnerstag, 6. Mai, ebenso 5 Uhr, und nicht, wie gestern veröffentlicht, um 8 Uhr im bekannten Lokal. Alle Betriebszellen- und Straßenzellenmitglieder haben zu erscheinen.
Zellengruppe 8. Zellengruppenversammlung Freitag, den 7. Mai, ebenso 8 Uhr, im „Turnerschlößchen". Alle Betriebs- u. Straßenzellenmitglieder haben zu erscheinen.
Zellengruppe 9. Zellengruppenversammlung Donnerstag, 6. Mai, ebenso 8 Uhr, im „Gemütlichen Fritz". Alle Betriebs- u. Straßenzellenmitglieder haben zu erscheinen.
Zellengruppe 13. Zellengruppenversammlung Donnerstag, 6. Mai, ebenso 8 Uhr, im Lokal Rappitz. Alle Betriebs- und Straßenzellenmitglieder haben zu erscheinen.
Zellengruppe 14. Zellengruppenversammlung Donnerstag, 6. Mai, ebenso 8 Uhr, im d. „Goldenen Reiter". Alle Betriebs- u. Straßenzellenmitglieder haben zu erscheinen.
Zellengruppe 16. Zellengruppenversammlung Donnerstag, 6. Mai, ebenso 8 Uhr, im „Wolfspark". Alle Betriebs- und Straßenzellenmitglieder haben zu erscheinen.
Zellengruppe 18. Zellengruppenversammlung Donnerstag, 6. Mai, ebenso 8 Uhr, im „Reichsadler". Alle Betriebs- und Straßenzellenmitglieder haben zu erscheinen.
Zellengruppe 2. Versammlung der Betriebszellenmitglieder Freitag, 7. Mai, nachmittags 4½ Uhr, im Lokal Freundlich. Alle Betriebszellenmitglieder haben unbedingt zu erscheinen.
Zellengruppe 2. Versammlung der Straßenzellenmitglieder Freitag, 7. Mai, ebenso 8 Uhr, im Lokal Freundlich. Alle Straßenzellenmitglieder haben zu erscheinen.
Zellengruppe 15. Versammlung der Betriebszellen Freitag, 7. Mai, nachmittags 4½ Uhr, im Lokal Limberg, Hermannstraße 28. Alle Betriebszellenmitglieder haben zu erscheinen.
Zellengruppe 15. Versammlung der Straßenzellenmitglieder Freitag, 7. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal Limberg, Hermannstraße 28. Alle Straßenzellenmitglieder haben zu erscheinen.
Nietleben. Mitgliederversammlung Mittwoch, den 5. Mai, abends 8 Uhr, in der „Sonne". Alles muß erscheinen. Wichtige Tagesordnung.
Giesten. Mitgliederversammlung Sonnabend, den 8. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal Raue. Tagesordnung: Bericht vom Bezirksparteitag.
Könnern. Mitgliederversammlung Freitag, 7. Mai, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten". Alle Mitglieder haben bestimmt zu erscheinen. Wichtige Tagesordnung.
Petta. Mitgliederversammlung Sonnabend, 8. Mai, abends 8 Uhr, in der „Erholung". Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Lützen. Mitgliederversammlung Freitag, 7. Mai, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten". Tagesordnung: Bericht vom Bezirksparteitag. Alles muß erscheinen.
Schkeuditz. Mitgliederversammlung Freitag, 7. Mai, abends 8 Uhr in der „Weißen Taube". Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
Querfurt. Mitgliederversammlung Freitag, 7. Mai, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus". Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder unbedingte Pflicht.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch

Wolfen. Außerordentlich Mitgliederversammlung Mittwoch, 5. Mai, abends 8 Uhr, im Gasthof Heele. Alles muß erscheinen.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Delitzsch. Mitgliederversammlung Freitag, 7. Mai, abends 8 Uhr, im „Lindenhof". Tagesordnung: Bericht vom Bezirksparteitag und unsere nächsten Aufgaben. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
Torgau. Informationsabend Freitag, 7. Mai, abends 8 Uhr, in Kochs Restaurant. Es nehmen daran teil sämtliche Mitglieder der Ortsgruppe Delitzsch sowie die schriftlich eingeladenen Genossen. Referent von der BL ist anwesend.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Sitzung der Unterbezirksleitung Sonnabend, 8. Mai, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus". Alle Mitglieder der UBL und der Stadtverordnetenfraktion von Weißenfels haben unbedingt zu erscheinen.
Naumburg. Mitgliederversammlung Mittwoch, 5. Mai, abends 8 Uhr, im „Goldenen Hahn". Tagesordnung: Bericht vom Bezirksparteitag. Referent: Gen. Neubert, Naumburg. Alles muß pünktlich zur Stelle sein. Die Ortsgruppen Mertendorf, Bad Kösen, Almrich müssen ebenfalls geschlossen an dieser Mitgliederversammlung teilnehmen.
Zeitzen. Öffentliche Vollversammlung Freitag, 7. Mai, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Ente". Referent: Genosse Gutjahr, Jena. Thema: Die Bedeutung des Betriebsrätegesetzes für die deutsche Arbeiterklasse. Anschließend Mitgliederversammlung. Alle Genossen müssen dazu erscheinen.
Großen-Kunzhof-Meuselwitz. Gemeinsame Mitgliederversammlung Sonntag, 9. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof Kunzhof. Wichtige Tagesordnung. Alles muß erscheinen.

Kein Genosse darf die CL.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

KJVD

Bezirk Halle–Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Bezirksleitung. Freitag nachmittag 5 Uhr im Jugendsekretariat kurze Aktionsbesprechung der BL. Im Anschluß daran Verteilung des Arbeitsplanes.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Mittwoch abend 8 Uhr im „Volkspark" restlose Beteiligung an der öffentlichen Werbeveranstaltung der Roten Jungfront. Genossen, werbt für diese Veranstaltung.
Donnerstag 4½ Uhr im Jugendbüro Ortsleitungssitzung. Jeder Werbeobmann muß dazu erscheinen.
Halle. Freitag abend 6½ Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Mitgliederversammlung. Mitgliedskarten sind unbedingt mitzubringen. Restlose Beteiligung ist Pflicht.
Mamsdorf. Freitag, den 7. Mai, abends 7 Uhr, Spielabend in der „Lese".

Unterbezirk Delitzsch

Die Jungarbeiterschule wird am Sonnabend, dem 8. Mai, in Frohnauhof fortgesetzt. Die Mitglieder der Gruppen Günthersdorf, Zschortau und Delitzsch sind zu zahlreicher Teilnahme verpflichtet.

Unterbezirk Wittenberg

Wittenberg. Am Donnerstag, dem 6. Mai, abends 8 Uhr, findet im Jugendheim unserer Monatsgesamtsitzung statt, wozu jedes Mitglied erscheinen muß. Donnerstag 6½ Uhr wichtige Funktionärsitzung.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Elsterwerda. Mittwoch, den 5. Mai, Gruppenabend im Heim.
Mühlberg. Mittwoch, 5. Mai, abends 8 Uhr, im Heim Mitgliederversammlung. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Wichtige Tagesordnung.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Donnerstag abend 4½ Uhr im Gewerkschaftshaus wichtige Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Kameraden, besucht den Film „Kein Mahnruf"

Das Sekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Dölchner, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. Telephon 4012.

Ortsgruppe Halle

Kameraden! Nähet zur Teilnahme am Bundestreffen in Berlin Pfingsten. Fahrpreis einschließlich Versicherung 7,50 Mark. Meldungen bis 30. April. Einzahlung des Fahrgeldes bis 15. Mai. Spezialkarten sind bei allen Gruppenführern zu erhalten.

Am Mittwoch, dem 5. Mai, beteiligen sich alle Kameraden an der Werbeveranstaltung der Roten Jungfront. Abmarsch zum Propagandaplatz durch die Stadt wie folgt:
Bezirk 1 (Süden): Schachthof abends 7 Uhr.
Bezirk 2 (Osten): Johannesplatz abends 7 Uhr.
Bezirk 3 (Westen): Weingärten abends 7 Uhr.
Bezirk 4 (Norden): Reisplatz abends 7 Uhr.
Bezirk 5 (Zentrum): Großer Berlin abends 7 Uhr.
Musikkapelle abends 8,7 Uhr Wettgarten.
Spielmannszug nach besonderer Entteilung durch den Spielmannsleiter.
Jungfront

Mittwoch, den 5. Mai, Antreten der gesamten Jungfront auf den oben angezeigten Sammelplätzen zum Werbeabend nach dem „Volkspark".

Untergau Saalkreis

Ammendorf. Freitag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, findet im „Dreierhaus", Osendorf, eine Massenversammlung für die Rote Jungfront statt. Antreten der gesamten Ortsgruppe mit Kapelle und Spielmannszug am „Deutschen Haus" in Beesen um 7 Uhr abends.
Löbejün. Freitag, den 7. Mai, abends 8 Uhr im „Adler" Mitgliederversammlung. Fahrgeld für Berliner Fahrt ist mitzubringen.
Reideburg-Büschdorf. Donnerstag, den 6. Mai, Kassenabend. Antreten abends 7 Uhr an der Linde.
Reideburg-Büschdorf. Freitag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Bauermann.

Untergau Merseburg

Merseburg. Freitag, den 7. Mai abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Stadt Leipzig".
Merseburg. Sonnabend Jungfront-Versammlung.
Bäumerberg. Freitag, den 7. Mai, bei Mennicke außerordentliche Generalversammlung. Keiner darf ohne Grund fehlen.

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Am 9. Mai findet in Helbra ein Untergautreffen, verbunden mit Fahnenübergabe, statt. Sämtliche Ortsgruppen sind verpflichtet, daran teilzunehmen.

Untergau Bitterfeld

Bitterfeld. Donnerstag, 6. Mai, 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus" Pflichtversammlung.
Sonntag, den 9. Mai, findet in Bitterfeld ein Untergautreffen, verbunden mit Fahnenweihe, statt. Die Ortsgruppen treffen sich alle vormittags 1/10 Uhr in Reisch am Bahnhof. Von dort aus gemeinsamer Marsch nach Brehna.
Landersdorf. Freitag, den 7. Mai, Pflichtversammlung bei Winkler.

Unterbezirk Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, den 5. Mai, Pflichtausmarsch. Antreten abends 1/27 Uhr am Stadtgraben.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Mittwoch, den 5. Mai, abends 8 Uhr, große Funktionärsitzung im Gewerkschaftshaus. Um restlose Beteiligung wird ersucht.
Weißenfels. KJD. und Jungfront Mittwoch, 5. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus große Funktionärsitzung. Tagesordnung: Die letzten Vorbereitungen für Berlin.

Jeder Kamerad des RJB. und RJ., der die CL.- und Ufa-Kinos besucht, schlicht sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

EMPFEHLENSWERTE FIRMEN

Spezialhaus für Kakao, Schokolade, Pralinen
Heinrich Schneider
Ammendorf
Regensburger Straße 4
Fernruf 220

Fahrräder
Anzahlung 20,00
Wochenrate..... 3,00
Sprechapparate und Platten
Teilzahlung Teilzahlung
Neumann, Alter Markt 30
Illustrierter Katalog gratis!

Probsthayn
Ammendorf
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Wäsche
für Herren, Damen u. Kinder
Kleiderstoffe, Inlett
Gardinen, Bettfedern

Stahlmatratzen
fabriziert aus Ia. Material bei billigster Berechnung nach jedem angegebenen Maße, die
hallesche Federn-Metallwar.-Fabrik
Otto Gräbner
Halle a. d. Saale, Vorstraße 79
Reparaturen jeder Art werden sauber und billig ausgeführt — Fernruf 5311

Möbelhaus
Albert Letsch
Halle a. d. S.
Verkauf nur
18 Alter Markt 18
an der Moritzkirche
Möbel jeder Art, sowie alle Möbel nach Wunsch auf Anfertigung
Auch Teilzahlung

Streichfertige Oelfarben
Emaille-Lack
Fenstern, Türen, Wasch-Toiletten und Kinderwagen
Fußboden-Lackfarbe
(trocknet über Nacht glashart)
empfiehlt
Max Rädler
Farbenhandlung
Halle a. S., nur Kannischestr. 2
nicht Alter Markt

Empfehle meine
Ia. Fleisch- u. Wurstwaren
Spezialität:
Jagd- und Sardellen-Leberwurst
Wiener Würstchen
G. Both
Schweitzerstr. 19
gegenüber „Klassenkampf"

Paul Landgraf
Halle a. d. S.
Schmeerstr. 17/18 Schmeerstr. 17/18
Herren-, Knaben- und Berufskleidung
Schuhwaren aller Art

Herrenhüte
Mützen, Pelzwaren
J. Kaliga
Mützenfabrik
Große Klausstraße 35 — Telephon 4436

Hansa-Lichtspiele
Große Ulrichstraße 20
Wöchentlich:
Neues Programm
:: Kleine Preise ::

Kaufhaus
Kurt Binnewies
Ammendorf
Arbeitsbekleidung
Damen- u. Kinder-Konfektion
Kurz-, Weiß- und Wollwaren

Arbeiter von Ammendorf
und Umgebung! Berücksichtigt bei Euren Veranstaltungen und Ausflügen **Euer Parteilokal** zum
„Dreierhaus", Osendorf
Inh. Conrad Thouring
∴ Neurenovierte Lokalitäten ∴
Neuangelegte Kegelbahn
Schattiger Garten

Lindners Gasthaus
Radewell
Inhaber: Ernst Lindner
Anerkannt gutgepflegte Biere
Reiche Auswahl in Weinen u. Likören
Beste Asphalt-Kegelbahn am Platze

Möbel
zu billigsten Preisen und auf Teilzahlung
liefert nur
Möbel-Textil-Vertrieb
Halle a. d. S.
28 Gr. Klausstraße 28

G. Godehardt
Ammendorf
Spezial-Geschäft für
Hüte u. Mützen
sowie sämtliche
Herren-Artikel

Hallmarkt-Drogerie
Paul Claus
Halle a. d. S.
Dreyhauptstr. 2, Fernspr. 4126
neben Konsum-Verein
Farben, Lacke
Pinsel
Schablonen
Spezialität:
Streichfertige Oel- und Lackfarben

Friedrich Bönicke
Gr. Brunnenstr. 65
— Telephon 3556 —
Täglich:
Frische Fluß- u. Seefische
Das Beste in Räucherwaren und Zichtonserven

Uhren und Geschenkartikel
kaufen Sie gut u. preiswert bei Uhrmachermeister
Otto Busch, Ammendorf
Hallesche Straße 9
Reparaturen aller Art werden gewissenhaft und unter Garantie ausgeführt

Paul Schmidt
Rind- u. Schweineschlächterei
Ammendorf
Regensburger Straße 93
empfiehlt seine anerkannt guten
Fleisch- u. Wurstwaren

J. H. Vogel
Halle S., Merseburger Str.
Ecke Thüringer Straße
Ausschank
gutgepflegter Biere und Spirituosen

Von
65 Mk. an
Max Naundorf
Halle a/S
Julius-Kühn-Straße 1
(Ecke Berliner Straße)
Gutes Material
Alleinverkauf
der Deutschland-Räder
zu Fabrikpreisen
Teilzahlung gestattet

Fußwohl
Schuh-Großreparaturwerkstätten
Kirchnerstr. 18 a, 2 Min. v. Riebeckplatz
Unsere Spezialität
„Grüne Sohlen"
Garantiert doppelte Haltbarkeit
Herrensohlen 5,25 · Damensohlen 4,90
Fachm. gegerbte Kernsohlen ca. 20 Prozent billiger

Fahrräder mit Freilauf
von **85 Mk.** an
sowie reiche Auswahl in erstklassigen
Markenrädern
Bequeme Teilzahlung
Mäntel, Schläuche
sämtliche Ersatzteile
Reparaturen prompt u. sachgemäß
Otto Hänisch
Turmstraße 158 Tel. 2.11

Deutsches Haus
Ammendorf-Beesen
Besitzer: Hugo Schmidt
Empfehle meine
Lokalitäten
Großer Tanzsaal
Gutgepflegte Biere

Klassenkampfleser berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260505-15/fragment/page=0004

Gewerkschaftsbewegung

Die kommunistische Fraktionsarbeit

I.

Von der Orgabteilung des ZK. wird uns geschrieben:

Die Frage des Aufbaues und der Struktur der kommunistischen Fraktionen wurde auf der 2. Orgberatung der Kommunistischen Internationale eingehend erörtert. Die KPD. hat auf diesem Gebiet seit 1921 bedeutende Erfahrungen gesammelt. In den letzten Monaten wurde die Fraktionsarbeit wesentlich verstärkt. Für die Weiterführung der Arbeit sind die Beratungen und Beschlüsse der 2. Orgberatung deshalb besonders wertvoll, weil sie die Grundlinie der Fraktionsstruktur festgelegt haben.

Die die Beschlüsse der Orgberatung für alle Sektionen der Komintern gültig sind, ist es notwendig, sie den besonderen Verhältnissen der einzelnen Sektionen anzupassen. Z. B. ist die Struktur der Gewerkschaftsorganisationen, die Entwicklung des Parteiapparates, die Herausbildung eines Kaders erfahrener kommunistischer Gewerkschaftsfunktionäre in den einzelnen Ländern verschieden.

Sowohl die 2. Orgberatung wie die Erweiterte Exekutive haben mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß **das Schwergewicht der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit in die Betriebe** verlegt werden muß, daß die Zellen den Kampf der Arbeiter in allen Tagesnöten führen müssen, um dadurch nicht nur die Arbeiter unter kommunistischen Einfluß zu bekommen, sondern auch zu erreichen, daß nicht nur die Betriebsgewerkschaftsfunktionäre, sondern auch die höheren Gewerkschaftsfunktionärposten von Kommunisten besetzt werden und die sozialdemokratischen und parteilosen Funktionäre mehr und mehr unter unseren Einfluß kommen. **Die Frage der Herausbildung des linken Flügels in der Arbeiterbewegung ist die Frage der Verstärkung unseres Einflusses** in den Betrieben und Gewerkschaften, denn gegenwärtig können wir besonders in Sachsen feststellen, daß der rechte Flügel der Sozialdemokratie sich auf die Gewerkschaften stützt, daß also die Verbreiterung und Vertiefung unseres Einflusses in den Gewerkschaften den sozialdemokratischen Führern ihren Hauptstützpunkt entzieht.

Die Erfüllung dieser Aufgabe ist nur möglich, wenn **die Frage der Gewerkschaftspolitik nicht ressortmäßig** als alleinige Aufgabe der Gewerkschaftsfraktionen behandelt wird, sondern wenn die Parteileitungen in Verbindung mit den allgemeinen Aufgaben der Partei grundsätzlich dazu Stellung nehmen, welche Aufgaben in den Gewerkschaften durchgeführt werden müssen. Die Parteileitungen, die Bezirksdelegiertenversammlungen, Zellengruppen- und Zellenversammlungen müssen mindestens einmal im Monat als wichtigsten Tagesordnungspunkt die aktuellen Fragen der Gewerkschaftspolitik behandeln (z. B. gegenwärtig die Fragen der allgemeinen Lohnpolitik, der Wirtschaftsdemokratie, der Rationalisierung der amerikanischen Gewerkschaftspolitik, der Betriebsräte- und Erwerbslosenfragen, des Wirtschaftsprogramms der Industrie und des ADGB.). Eine verstärkte Beschäftigung der Parteiorganisation mit den Fragen der Gewerkschaftspolitik darf keinesfalls zu einer Verminderung der Fraktionsveranstaltungen führen. **Die Fraktionen haben sich aber vor allem mit der konkreten Anwendung der von der Partei festgelegten Linie zu den einzelnen Fragen der Gewerkschaftspolitik auf ihr spezielles Tätigkeitsgebiet in der einzelnen Gewerkschaft beschäftigen.**

In zahlreichen Parteiorganisationen wurde bisher die Fraktionsarbeit vorwiegend in den Gewerkschaftsversammlungen geleistet. Diskussionsreden, Antragstellung, Wahlen). Die Folge war, daß wir stimmungsmäßige Erfolge erzielten, die bald wieder verloren gingen, weil die SPD., die Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben mit Erfolg gegen uns mobilisierte. Auch dort, wo die Gewerkschaften nicht formell auf der Betriebsbasis aufgebaut sind, können wir die Gewerkschaftsarbeit von dem Betrieb aus treiben. **Die Basis der gewerkschaftlichen Aufgaben sind in allen Fälle die Betriebe,** dort können wir auch am ehesten die Arbeiter in Verbindung mit den täglichen Betriebsereignissen und durch unsere positive Gewerkschaftsarbeit von der Richtigkeit unserer Stellungnahme und unserer Vorschläge überzeugen.

Gegenwärtig ist die Zahl der kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre im Verhältnis zur Zahl der gewerkschaftlich organisierten Parteimitglieder in den Betrieben bei uns viel geringer, als bei der SPD. Die Orgberatung hat besonders auf diese Schwäche der KPD. hingewiesen und betont, daß **die Hauptaufgabe** darin besteht, **die Kleinarbeit im Betrieb zu leisten, die gewerkschaftlichen Funktionärposten zu übernehmen** sowie sozialdemokratische und parteilose Gewerkschaftsfunktionäre als Parteimitglieder oder Sympathisierende zu gewinnen. Die Berichte über die Gewerkschaftsarbeit der letzten Monaten zeigen, daß die Parteiorganisationen allmählich dazu übergehen, das Schwergewicht der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit in die Betriebe zu verlegen.

Die kommunistische Gewerkschaftsarbeit im Betrieb soll von der Zellenleitung geführt und kontrolliert werden. Die Zellenleitung bestimmt eines ihrer Mitglieder als Leiter der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit im Betrieb. In Großbetrieben, wo die Zellen in Abteilungen gegliedert sind, sollen von der Zellenleitung auch die einzelnen Abteilungen Leiter für die kommunistische Gewerkschaftsarbeit bestimmt werden. Abteilungen, in denen keine Genossen beschäftigt sind, werden von Genossen aus anderen Abteilungen mit bearbeitet. Wo mehrere Gewerkschaften (verschiedene Berufsgewerkschaften sowie Hirsch-Dunckersche usw.) im Betrieb vertreten sind, wird für jede Gewerkschaft von der Zellenleitung ein Genosse bestimmt. Finden Versammlungen der einzelnen Gewerkschaften im Betrieb oder außerhalb des Betriebes statt, so soll der Leiter der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit die Genossen der betreffenden Gewerkschaft vorher zusammenberufen, um mit ihnen auf Grund der Beschlüsse der Zellenleitung oder höheren Parteileitung die Taktik zu besprechen. In Großbetrieben besprechen die kommunistischen Funktionäre der Gewerkschaften regelmäßig von der Zellenleitung zu Besprechungen zusammen geruten.

(Schluß folgt.)

Wie unterstützt der deutsche Bergarbeiter den Kampf seiner englischen Brüder?

Indem er den BAV. mobilisieren hilft zum Kampf gegen die Ueberstunde in Deutschland, für die Siebenstundenschicht und höhere Löhne.

Indem er vom Verbandsvorstand und von der ADGB.-Leitung sofortige Massenmobilisierung und Solidaritätsaktionen verlangt.

Und dem BAV. neue Mitglieder zuführt!

Die Reformisten sind für Anwendung richtiger Kampfmethoden — in England

Und in Deutschland?

Der gestrige Abend „Vorwärts" nimmt zu dem Generalstreik in England u. a. folgendermaßen Stellung:

„Seit dem Waffenstillstand im Juli 1925 haben alle englischen Unternehmungen sich außerordentlich große Kohlenvorräte hingelegt. Man kann annehmen, daß die englische Industrie, die Eisenbahnen und Kraftwerke für mindestens einen Monat mit Kohlen eingedeckt sind. Ohne den Generalstreik wäre der englische Bergarbeiterstreik so gut wie aussichtslos. Diese Tatsache, die den englischen Gewerkschaftsführern natürlich genau bekannt ist, **zwingt die gesamte englische Arbeiterschaft zur sofortigen aktiven Solidarität, wenn nicht nach kurzer Zeit der Lohnabbau auch in den anderen Berufen verallgemeinert werden soll.**

Fabrikarbeiter und Gewerkschaftseinheit

Am 14. April tagte in Hamburg das Exekutivkomitee der Fabrikarbeiterinternationale, welches sich mit der Einberufung des internationalen Kongresses der Fabrikarbeiter beschäftigte. Dieser Kongreß soll in der Zeit vom 29. Juni bis 3. Juli in Kopenhagen tagen und sich vornehmlich mit der Lage der Papierarbeiter und dem Ausbau des internationalen Berufssekretariats befassen.

Der Exekutivsitzung lagen zwei Anträge vor. Die holländischen Genossen verlangten auf Grund der internationalen Verbindung des Unternehmertums, daß internationale Aktionen der Fabrikarbeiter durchgeführt würden. Im Hinblick auf die Anträge, die das Exekutivkomitee auf dem Kongreß einbringen wird, wurde dieser Antrag zurückgenommen.

Der Vorsitzende des norwegischen Fabrikarbeiterverbandes, Johnson, der am russischen Chemiearbeiterverbandstag im Februar d. J. teilgenommen hatte, reichte folgenden Antrag ein:

„Der Kongreß beschließt, daß der russische Chemiearbeiterverband der USSR. als Mitglied der internationalen Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände aufgenommen werde."

Nach den Mitteilungen im „Wochenbericht der Internationalen Vereinigung der Fabrikarbeiter", wurde dazu folgende Stellung der Exekutive eingenommen:

„Der Sekretär teilte inzwischen mit, daß von keinem der zwei russischen Verbände (Chemie- und Papierarbeiterverband) eine Bitte (!) zum Anschluß eingelaufen war. Es wurde beschlossen, die russischen Organisationen als Gast auf dem Kongreß zuzulassen, wenn sie eine Bitte (!) zur Beiwohnung des Kongresses senden würden."

Die Stellungnahme der Exekutive der Fabrikarbeiter-Internationale, zur Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit, ist ein Skandal für die gesamte freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft. Im vergangenen Jahre haben die russischen Kollegen auf der Tagung der internationalen Konferenz der chemischen Arbeiter bereits einen Antrag, in die Fabrikarbeiter-Internationale aufgenommen zu werden, eingereicht. Dieser Antrag ist dem Berufssekretariat überwiesen worden, weil die Konferenz der chemischen Arbeiter nicht im Namen der gesamten Internationale über diesen Antrag entscheiden konnte. Jetzt, da der Kongreß der gesamten Fabrikarbeiter-Organisationen zusammentritt, wird von der Exekutive erklärt, es liegt von seiten der Russen kein Antrag vor. Mit dieser unwahren Behauptung hat das Exekutivkomitee den Antrag von Johnson abgelehnt und somit ist zu erwarten, **daß das Exekutivkomitee auf dem Kongreß eine ablehnende Haltung gegenüber der Aufnahme der russischen Kollegen in die Fabrikarbeiter-Internationale einnehmen wird.**

Dem wachenden Einheitswillen der Fabrikarbeiter in den kapitalistischen Ländern, will man zum Scheine dadurch Rechnung tragen, daß beschlossen wurde, die Russen als Gäste auf der internationalen Konferenz zuzulassen, wenn sie eine Bitte (!) zur Beiwohnung des Kongresses senden möchten. Von einem Gast verlangt man also, er soll darum bitten, daß er Gast sein darf. Eine größere Verhöhnung der russischen Arbeitskollegen, die man als einmal dem internationalen Proletariat ihre aufrichtige Solidarität erwiesen haben, kann man sich wohl kaum noch denken. Zu ihrem letzten Verbandstag haben sie sämtliche, der Fabrikarbeiter-Internationale angeschlossenen Organisationen eingeladen. Auch Herr Stenhuis ist gebeten worden, dem Verbandstage beizuwohnen. Mit Ausnahme der Norweger hielten sie es nicht für notwendig, der Einladung Folge zu leisten. **Die Herren Stenhuis und Breg scheinen sich einzubilden, daß die russischen Kollegen sie gebrauchen und nicht umgekehrt. Aus dieser Einstellung heraus, glauben sie den russischen Kollegen alles bieten zu können. Wer gibt Herren Stenhuis und Breg zu einem solchen Verhalten das Recht? Die Russen haben in ihrem Land den Kapitalismus beseitigt und sind auf dem Wege des sozialistischen Aufbaues, was man in den Ländern noch nicht feststellen kann, wo Stenhuis und Breg tätig sind.**

Wenn das Exekutivkomitee den ernstlichen Willen hätte, die internationale Gewerkschaftseinheit zu fördern und so eine starke Front gegen das organisierte Kapital zu schaffen, dann wäre es ihre Aufgabe, die Russen zum Kongreß einzuladen und die Aufnahme der russischen sowie auch der revolutionären Verbände in den kapitalistischen Ländern zu beschließen. Man scheint aber die Absicht zu haben, die Russen die aus äußerste demütigen zu wollen, um dann einen Vorwand finden zu können, daß die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit nicht möglich war.

Gegen dieses Verhalten der Exekutive müssen die Fabrikarbeiterkollegen in den Gewerkschafts- und Belegschaftsversammlungen den schärfsten Protest erheben. Sie müssen verlangen, daß dieser Kongreß die Aufnahme der russischen Kollegen und auch der revolutionären Fabrikarbeiterverbände der kapitalistischen Länder, beschließt. Die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit ist bei der heutigen Lage der Arbeiterschaft in den kapitalistischen Ländern für diese eine entscheidende Frage geworden und darum darf es nicht gestattet werden, daß der Kongreß diese Frage in einem Sinne regelt, die im Gegensatz zu den Interessen des internationalen Proletariats liegt.

Die deutsche Arbeiterschaft wird sich diese sehr richtige Auffassung merken und die Führer des ADGB. und die ihnen noch anhängenden Arbeiter daran erinnern und die notwendigen Schlüsse ziehen. Wenn auch in Deutschland Lohnkämpfe die Mobilisierung über einen ganzen Konzern, über mehrere Industrien oder die Einsetzung der gesamten Arbeiterklasse erfordern!

Vierteljahrsversammlung der Holzarbeiter, Halle

Das „Volksblatt" hätte allen Grund, zu schweigen

Am 21. April tagte im „Volksparl" die fällige Quartalsversammlung des Holzarbeiterverbandes, in der Genosse Grabow ein grundlegendes Referat über **Arbeiterrecht** (Gewerbeordnung, Betriebsrätegesetz, Arbeitslosenversicherungsgesetz usw.) hielt. Aus der Versammlung heraus wurde dann eine Resolution eingereicht, die das „Volksblatt" mit hämischer Freude und üblicher Demagogie — denn der Berichterstatter muß die Tatsachen kennen — dem Genossen Grabow zuschreibt, um dann gegen ihn loshauen zu können. Die Resolution, die Genosse Grabow nicht verfaßt und eingebracht hat, lautet:

„Die heute, am 21. April, im „Volksparl" tagende Holzarbeiterversammlung stellt nach den Ausführungen des Kollegen Grabow fest, daß die jetzige Wirtschaftskrise eine dauernde bleiben wird. Es wird den Kapitalisten nicht gelingen, die deutsche Wirtschaft wieder aufzubauen. Es stehen den Arbeitern noch schwere Kämpfe bevor, und zwar durch Lohn- und Arbeitszeitverschlechterung. Bei all diesen Kämpfen bedeutet das große Heer der Arbeitslosen eine ernste Gefahr für die Arbeiterklasse. Alle diese Gefahren können nur beseitigt werden durch die Spitzengewerkschaften. Darum verlangt die Versammlung die sofortige Zusammenfassung der Erwerbslosen vom hiesigen Gewerkschaftskartell des ADGB. Nur so können wir aus dem Elend herauskommen."

Die „Volksblatt"-Redaktion regt sich darüber auf, daß in der Resolution die Zusammenfassung der Erwerbslosen gefordert wird. Deutlich und kraß bringt sie zum Ausdruck, daß ihretwegen die Erwerbslosen verecken können, daß sie nicht für die engste Verbindung der Betriebstätigen und Erwerbslosen im unmittelbaren Interesse der Erwerbslosen eintritt, sondern daß für sie nur die nicht auf die Straße geworfenen, noch im Produktionsprozeß stehenden Arbeiter — soweit sie gewerkschaftlich organisiert sind — existieren.

Die noch immer an das „Volksblatt" und an die sozialdemokratische Gewerkschaftsbureaukratie glaubende Arbeiterschaft wird sich die Dinge einmal gründlich durch den Kopf gehen lassen müssen, und wir sind überzeugt, daß auch ein Teil von diesen Klassengenossen erkennen wird, daß **so nicht die Interessen der Gesamtklasse vertreten werden.**

Auch wir müssen die Resolution, die wohl nur durch Unachtsamkeit der Versammlungsteilnehmer hat durchschlüpfen können, bemängeln, aber aus ganz anderen Gründen als das „Volksblatt". Vielleicht ist nicht einmal der Sinn falsch gemeint gewesen, aber die Formulierung läßt den Schluß offen, als ob lediglich durch Zusammenschluß, ohne daß es zugleich auf den Inhalt des Zusammenschlusses, auf die Kampfeslosungen und auf den Kampf selbst ankäme, durch den allein die Arbeiterschaft aus dem Elend herauskommen kann. Ferner werden die Gewerkschaftsmitglieder noch weitere schwere Enttäuschungen erfahren, wenn sie nur auf ihre Spitzen vertrauen und nicht selbst aktiv sein wollten, wenn sie nicht von unten her die Spitzen zu einer Aenderung der heutigen Taktik zwingen und die heutigen „Führer" durch bewährte, zum Klassenkampf entschlossene Arbeiter ersetzen.

Hier hakt das „Volksblatt" natürlich nicht ein. Ihm kommt es nur auf eine Verunglimpfung des Genossen Grabow an. Mit solchen Methoden wird es bei der hallischen Arbeiterschaft jedoch nicht mehr weit kommen.

Das Ergebnis des Verbandstages der Sattler

Der vom 12. bis 17. April in Hamburg tagende Verbandstag der Sattler und Tapezierer zeigte offener als je die Bereitwilligkeit der Gewerkschaftsleitungen, auf die vom Breslauer Gewerkschaftskongreß vorgezeichnete Linie der Wirtschaftsdemokratie einzuschwenken, wobei alle organisatorischen Machtmittel der Verbandsleitungen zur Niederhaltung der Opposition eingesetzt werden. Durch eine geschickte Wahlkreisgeometrie hatte sich die Verbandsleitung von vornherein eine Mehrheit für ihre Zwecke gesichert.

Aus dem Reiche lagen eine große Anzahl von Anträgen vor, die sich kritisch befassten mit der Taktik des Verbandes und der Politik des ADGB., die die organisatorische Umgestaltung der Gewerkschaften zu Industrieverbänden, die Umgestaltung der Erwerbslosenversicherung fordern.

Aus diesen Anträgen sprach der Wille der Mitgliedschaft. Die größten Verwaltungsstellen Berlin, Offenbach, Leipzig, Elberfeld und dazu noch eine Reihe kleinerer, wie Spandau, Chemnitz, Braunschweig, Weimar usw. standen hinter den Anträgen, die sich aussprachen für die Gewerkschaftseinheit, für Gewerkschaftsbeleganionen nach Sowjet-Rußland, gegen den Breslauer Gewerkschaftskongreß und gegen die dort propagierte Wirtschaftsdemokratie.

Hetze gegen alles, was eine andere Meinung vertritt, rücksichtsloser Kampf gegen alles, was nach Opposition riecht! In diesem Zeichen ging die zusammengeschobene Wahrheit rücksichtslos über die Anträge der großen Ortsgruppen zur Tagesordnung über. Der Beschluß, wonach der Verbandstag die im Jahre 1920 erfolgten Ausschlüsse von Ebert und Wels ungeschehen macht, war ein Ausdruck dieser reaktionären Gesinnung. Die Mitgliedschaft der gesamten Organisation und besonders in den großen Zentren: Berlin, Offenbach, Leipzig, muß auf das schärfste gegen diesen unkollegialen Beschluß protestieren.

Heute abend 7½ Uhr Gewerkschaftskursus Halle (Produktivgenossenschaft)

Als Vertreter des ADGB. erschien Spliedt, der in seinem Referat zugeben mußte, daß der große Angriff der Unternehmer auf Arbeitszeit, Lohn und soziale Rechte der deutschen Arbeiterklasse noch rücksichtsloser einsetzen werde. Er legte dar, daß die gegenwärtige Krise eine tiefgehende, eine Weltkrise sei. Im Zusammenhang betonte er als eine der wesentlichsten Bedingungen für die Wiederinbetriebsetzung der deutschen Wirtschaft die Herstellung enger wirtschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion. Natürlich ist es die deutsche kapitalistische Wirtschaft, der Spliedt dadurch auf die Beine helfen will. Er redete den deutschen Kapitalisten gut zu, sich nicht an der Regierungsform Sowjet-Rußlands zu stoßen. Er sprach mit Genugtuung von dem deutschen Kapital, das bisher schon 1,3 Milliarden Mark in Rußland investiert habe und redete den deutschen Kapitalisten weiter gut zu, bei der Kreditgewährung ja nicht den Anschluß zu verpassen, da die englischen Kapitalisten den Russen schon mit günstigsten Angeboten aufwarten.

Von einem wirtschaftlichen und politischen Bündnis mit Sowjet-Rußland im Zeichen der Erkämpfung der Macht der Arbeiterklasse sprach aber Spliedt vom ADGB. kein Wort. Er predigte im übrigen nur die Wirtschaftsdemokratie und die Eingliederung der Gewerkschaften in den Wirtschaftsapparat. Wie sehr damit seine eigene Feststellung im Widerspruch steht, daß der große Angriff des Kapitals auf alle Rechte der Arbeiterschaft rücksichtslos einsetzt, davon sagte Spliedt kein Wort. Schon im Voraus hatte er die Abwehr gegen diesen kapitalistischen Vorstoß verraten. Denn Wirtschaftsdemokratie bedingt die Einstellung der Arbeiterschaft auf die „nationale Wirtschaft", bedeutet die Einschränkung der Forderungen der Arbeiterschaft, bedeutet Anteilnahme an dem Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt, also Interesse an der Eroberung der Absatzmärkte und Ablehnung der Schaffung der internationalen Gewerkschaftseinheit.

Die Auswirkungen dieser Einstellung zeigten sich in den Repressalien gegen die oppositionelle Minderheit und ihre bisherigen Positionen im Verbandsausschuß. Die Beseitigung des Verbandsausschusses ist nur diktiert durch die politische Einstellung der Bureaukratie. Der Ausschuß war solange willkommen, solange er dem Hauptvorstand zu Willen war. Er wurde früher von Berlin nach Offenbach verlegt, weil der Verbandsvorstand die Berliner Opposition fürchtete. Jetzt ist ihm der Ausschuß auch mit dem Sitz in Offenbach gefährlich geworden. Deshalb wurde er durch die zusammengeschobene Mehrheit abgewürgt. Der erweiterte Vorstand, der jetzt gewählt wurde, ist jedem Zugriff der Mitgliedschaft entzogen, sogar die eigentlich von Berlin zu stellenden unbesoldeten Beisitzer wählte man gleich auf dem Verbandstag. Um sich vollends zu sichern, wurden dann auch noch die Delegierten zu dem 1928 tagenden Gewerkschaftskongreß gleich auf dem Verbandstag gewählt.

Aber die Opposition, die in den wichtigsten Zahlstellen wächst, wird sich durch dieses Treiben der oberen Verbandsbureaukratie nicht schrecken lassen. Die Mitgliedschaften, die gegenüber der wirtschaftlichen, undemokratischen Verbandspolitik in Opposition stehen, werden das bei der Berichterstattung über diesen Verbandstag überall verstärkt zum Ausdruck bringen. Sie wird angesichts der reaktionären Methoden der Bureaukratie noch energischer, noch intensiver und bedachter als bisher arbeiten an der Auflösung der Mitgliedschaft. Der Verband steht mit seiner größten Branche vor neuen Tarifverhandlungen. Bei diesen Auseinandersetzungen wird es sich zeigen, inwieweit es die Bureaukratie wagen wird, ihre wirtschaftsfriedlichen Absichten mehr als bisher in die Tat umzusetzen. Die Opposition aber wird auf der Hut sein, mit der größten Aufmerksamkeit trotz aller neuen Hemmungen, die durch den Verbandstag aufgerichtet wurden, die wirklichen Interessen der Mitgliedschaft wahren und dem Klassenkampfgedanken zum Siege verhelfen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260505-15/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

An die Parteimitgliedschaft von Halle!

Alle Parteigenossen und -genossinnen, die seit der Umstellung der Partei noch keinen Betriebs- oder Straßenzelle zugeteilt werden, dergleichen nicht regelmäßig kassiert werden, fordern wir hiermit auf, sich unverzüglich bei der Bezirksleitung der Partei, Lessingstraße 14, unter Vorlegung des Mitgliedsbuches zu melden.

Bz. Halle-Merseburg.

Agitprop-Abteilung

Freitag 7½ Uhr Sitzung der Agitprop-Abteilung des Bezirks in der Produktiv-Genossenschaft, Zimmer 12.

Erwerbslosenaktion!

Freitag nachmittag 3 Uhr wichtige Zusammenkunft in der Produktiv-Genossenschaft.

Der Streik auf dem Stadtgut Flugplatz beendet

Nachdem das Stadtverordneten-Plenum am Montag, dem 3. Mai, den Forderungen der landwirtschaftlichen Arbeiterinnen des Stadtgutes Flugplatz stattgegeben hatte, haben die Arbeiterinnen am Dienstag, dem 4. Mai, wieder ihre Arbeit aufgenommen. Bemerken wollen wir noch, daß sich trotz des niedrigen Lohnes von 15½ Pfennig pro Stunde immer noch Arbeiter finden, die ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen. Eine Frau Lange vom Flugplatz kannte nicht dieses Solidaritätsgefühl und arbeitete am letzten Tage. Den landwirtschaftlichen Arbeitern des Stadtgutes aber rufen wir zu:

Organisiert Euch gewerkschaftlich im DVL! Denn werden die Methoden des Oberinspektors Lindner und seines Stadtrates Fischer zunichte.

Elternbeiratswahlen

Die Elternbeiratswahlen im Regierungsbezirk Merseburg finden am 16. Mai statt. Da spätestens 10 Tage vor der Wahl die Wahllisten (Vorschlagslisten) eingereicht werden müssen, so endigt diese Frist am 6. Mai, abends. Für je 30 Kinder ist in der Regel ein Elternbeiratsmitglied zu wählen. Die einzelnen Wahllisten müssen die Unterschrift von 20 Wahlberechtigten tragen; in Schulen mit weniger als 500 Kindern genügen bereits 10. Auch müssen die wahlberechtigten Eltern sofort nachsehen, ob sie in der Wählerliste eingetragen sind. Die Listen liegen in den Schulen aus.

Bei den Elternbeiratswahlen sind einige Bestimmungen zu beachten. Die ersten Elternversammlungen müssen nämlich spätestens 4 Wochen vor der Wahl einberufen sein. In diesen Versammlungen, zu denen die Eltern von sämtlichen Schulkindern eingeladen werden, hält der Schulleiter zunächst einen Vortrag, um die Eltern mit den Aufgaben des Elternbeirats, seinen Satzungen und der Wahlordnung vertraut zu machen. In der zweiten Elternversammlung, 14 Tage später, wird der Wahlvorstand gebildet, dem spätestens 10 Tage vor der Wahl die Wahllisten eingereicht werden müssen. Wo das nicht geschehen ist, kann eine Verlegung der Wahl auf einen späteren Zeitpunkt beantragt werden. In der Stadt Merseburg ist ein solcher Antrag bereits gestellt.

Trotzdem ist es gut, wenn überall mit dem 16. Mai als Wahltag gerechnet wird und die Vorbereitungen dazu getroffen werden.

Starre Paragraphen triumphieren über Verstand und Vernunft

Wie einseitig und mangelhaft unsere heutige Gesetzgebung ist, wurde schon oft genug an dieser Stelle ausgeführt. Trotzdem ist es keineswegs müßiges Unterfangen, diese Tatsache immer und immer wieder hervorzuheben, denn fast täglich erleben wir wegen geringfügiger Vergehen „Rechtsprechungen", die an drakonischer Härte ihresgleichen suchen. Ein solcher Fall ereignete sich jetzt wieder vor dem erweiterten Schöffengericht, dem der Genosse Albert Kühne aus Dölau zum Opfer fiel. Der Anklage gegen unseren Genossen liegt folgender Tatbestand zugrunde.

In Dölau sollte an Stelle des ehrenamtlich tätigen ein besoldeter Gemeindevorsteher gewählt werden. Als Tag der Wahl war der 8. Dezember 1925 festgesetzt. Nachdem dies geschehen war, legte der bisherige unbesoldete Gemeindevorsteher sein Amt nieder. Hierdurch war eine neue Situation geschaffen, zu der laut Gemeindebestimmungsrecht die Gemeindevertretung Stellung nehmen mußte, und dann durfte erst die Wahl vor sich gehen. Die Vertreter der Linken wiesen nun auch wiederholt auf diese Bestimmung hin, fanden aber unbegreiflicherweise bei dem stellvertretenden Gemeindevorsteher Henze kein Gehör. Am Tage der Wahl gaben die Vertreter der Linken wieder ihrem Protest Ausdruck, natürlich vergeblich. Genosse Kühne, der ebenfalls Gemeindevertreter ist, verlangte nun, daß man seinen Protest zu Protokoll nehmen sollte. Als man auch diesem billigen Verlangen nicht nachkam, schlug er auf die „Wahl-Urne". Unter diesem hochtrabenden Namen verbarg sich allerdings nur eine elende, mit einem Schlitz versehene „Margarine"-Kiste. Sie fiel herunter und zersplitterte, einen Teil ihres Inhalts preisgebend. Grund genug, Genosse Kühne wegen „Sachbeschädigung" zu belangen. Außerdem wurde ihm Verhinderung der Wahlausübung zur Last gelegt. K. bestritt die ihm zur Last gelegten Beschuldigungen nicht und verzichtete darauf, seine Handlung als unüberlegt und im Affekt ausgeführt, zu schildern. Er brachte vielmehr in beredter und überzeugender Sprache zum Ausdruck, daß er durch seine Tat eine ungesetzliche Handlung verhindern wollte. Daraufhin beantragte der Vertreter der Anklage wegen der bereits erwähnten Delikte die gesetzliche Mindeststrafe von 6 Monaten Gefängnis. Nach längerer Beratung verkündete das Gericht den Urteilsspruch, der dem Antrag des Staatsanwalts entsprach und somit auf

6 Monate Gefängnis

lautet. Wieder ein typischer Beweis, wie, aller Vernunft hohnsprechend, sich die Paragraphen-Diktatur auswirkt.

Die Steuererstattung im Saalkreis

Die Erstattung von Lohnsteuern nach den neuesten gesetzlichen Bestimmungen ist sehr einfach. Dies haben viele Arbeiter, die im Kalenderjahr 1925 mindestens zwei volle Wochen erwerbslos waren, bequem um bei den zuständigen Finanzämtern Anträge auf Lohnsteuererstattung zu stellen. Unter den gestellten Anträgen an die Finanzämter waren Antragsteller, die sehr gewissenhaft, unter Einbüßung von Arbeitszeit usw. sich die nötigen Unterlagen, die vorhanden sein müssen, beschafft hatten. Die beim Finanzamt Halle Stadt gestellten Anträge wurden über Erwarten sehr schnell erledigt, dagegen reitet beim Finanzamt Saalkreis der Amtsschimmel in Schneckentempo. Wir haben die Feststellung gemacht, daß Anträge mit vorgedruckten Formularen und angeheftenen Anlagen zu gleicher Zeit bei den beiden angeführten Finanzämtern eingereicht wurden und daß in Halle Stadt die Antragsteller nach vier bis fünf Tagen im Besitz der zuviel gezahlten Steuern waren, dagegen beim Finanzamt Saalkreis die Antragsteller nach sechs Wochen noch keine Nachricht von der Abhebung ihrer zuviel gezahlten Steuern bekamen. Da nun beide Finanzämter prozentual die gleichen Arbeitskräfte zur Bearbeitung der Anträge haben, ist es uns unverständlich, aus welchem Grunde hier so saumselig gearbeitet wird, denn daß die Anträge zurückgestellt sind, weil vielleicht eine Unterlage abhandengekommen ist, kann nicht in Frage kommen, weil ja die Anträge mit Anlagen fest zusammengeheftet waren. Es müßte denn schon alles dabei verschütt gehen und zu letzterem Verdacht kommen viele Antragsteller, die bis heute auf ihre paar Kröten warten. Wenn das Finanzamt Steuern zu bekommen hat, arbeitet es sehr schnell: Fristsetzung von drei bis acht Tagen, dann Zwangsmaßnahmen. Umgekehrt aber läßt man sich Zeit.

Generaldebatte über den hallischen Haushaltplan

In der Montagsitzung des Stadtparlaments wurde mit der Beratung des Haushaltsplanes für 1926 begonnen. Es kam bis zum Abschluß der allgemeinen Stadtbesprechung, während die Einzelpositionen erst in der nächsten, am Montag, dem 10. Mai, stattfindenden Sitzung besprochen werden. Für die kommunistische Fraktion nahm Genosse Günther das Wort, der in einer ausführlichen Rede folgendes ausführte:

Der Etat, wie er der Stadtverordnetensitzung vorgelegt worden ist, ist so, wie wir ihn in jedem Jahre gehabt haben. **Alle Lasten werden auf die Schultern der Arbeiterschaft abgewälzt.** Er schließt mit der gewaltigen Ziffer von 23 643 300 Mark. Trotzdem werden, wie immer, auch diesmal Nachforderungen kommen, denn wie im Reich und im Staat geht es auch in den Gemeinden: sie können einen wirklichen Etat nicht mehr ausbalancieren. Die Gemeinden müssen aus den wenigen Steuern, die sie für sich verwenden dürfen, alles herausholen, was sie brauchen, während sie im übrigen Kostgänger von Reich und Staat sind.

Die für diesen Etat Verantwortlichen haben nicht geprüft, wer leistungsfähig ist, sondern die Steuern werden automatisch eingezogen, und wie sich das auswirkt spielt keine Rolle. Dabei bringt die Verringerung der Produktion es mit sich, daß die Erträge immer geringer und die Schwierigkeiten immer größer werden. Es gibt Steuern, mit denen man wider die breiten Massen losgeht, während die Vermögen der Leistungsfähigen kaum belastet werden. In diesem Zusammenhang erinnert Genosse Günther an die Wertzuwachssteuer, deren Höhe den Gemeinden überlassen war, wo man sich aber auf die Erhebung von 30 Prozent beschränkte, statt eine Staffelung durchzuführen, wie es von kommunistischer Seite verlangt worden war. Für Einnahmen an Verwaltungssteuer werden 650 000, an Hundesteuer 300 000 Mk. eingesetzt. An Getränkesteuern sollen 400 000 Mk. eingenommen werden. Von Reich und Staat erhält die Gemeinde 5,28 Millionen, die Gemeindesteuern sollen 7,98 Millionen und die Betriebswerke sollen 9,07 Millionen Mark abwerfen. Wieder müssen die Bezieher von Gas, Wasser und Strom ungeheure Lasten tragen. Auf jeden Tropfen Wasser kommt ein Steuerbetrag. Ob es nun die arme Frau, die 15½ Pfennig Stundenlohn auf den städtischen Gütern verdient, trifft oder den Kapitalisten, ist dem Magistrat gleichgültig. Dasselbe Bild zeigt sich bei der Straßenbahn. Die Fahrgäste werden zu steuerlichen Belastungen herangezogen. Das Schlimmste ist aber, daß die städtischen Betriebe in große Gefahr gebracht werden. Es fällt schwer, sie überhaupt noch aufrecht zu erhalten, und da entzieht man ihnen noch die Substanz. Gleichzeitig holt man alles aus den städtischen Arbeitern heraus, was irgend geht. Die Ausbeutung in diesen Betrieben ist ebenso schlimm, wie die in Privatbetrieben.

Dagegen sehen wir, daß das Großkapital geschont wird. Die Grundsteuer, die einen Betrag von 2,4 Millionen einbringen soll, ist vollkommen ungerecht gehandhabt. Es wird kein Unterschied zwischen bebauten und unbebauten Grundstücken gemacht, obgleich feststeht, daß die Erhebung der Grundsteuer für bebaute Grundstücke sich durch erhöhte Mieten ausdrückt, während die freiwillig werdende Belasteten unbebauten Grundstücke Anreiz für Bodenspekulanten bilden. Bei der Festsetzung der Gewerbesteuer hat man die Erhebung in Form der Lohnsummensteuer geplant. Das führt selbstverständlich dazu, daß die Unternehmer soviel Arbeiter wie möglich auf die Straße werfen.

Der vorjährige Etat wies über 19 Millionen auf. Der diesjährige über 23. **Das bedeutet eine Erhöhung von 4 Millionen, rund 20 Prozent.** Der Mehrbedarf für Wohlfahrtszwecke ist allerdings ziemlich bedeutend. Daß man diese Posten aber entscheidend in den Vordergrund rückt, können wir nicht einsehen. Im übrigen sind die Beträge für Fürsorge völlig unzureichend.

Die Beträge für die Erwerbslosen reichen nicht aus, da viele schon seit Jahr und Tag arbeitslos sind.

Wir müssen verlangen, daß hier die Fürsorge so weit ausgedehnt wird, wie es die Verhältnisse erfordern. Wie groß das Elend ist, wurde von unserer Seite immer wieder geschildert. Man hat das manchmal als Uebertreibungen bezeichnet. Es sind aber keineswegs Uebertreibungen gewesen, sondern wir können jeden einzelnen Fall belegen.

Das Tollste ist übrigens, daß selbst dort, wo in einer Gemeinde einmal wirklich geholfen werden soll und sie etwas tun will für die Opfer des Kapitalismus, dies von oben her verboten wird.

Wir werden bei den entsprechenden Positionen Erhöhungen vorschlagen, damit die Not der Einzelnen etwas gelindert werden kann.

Ein besonderes Kapitel bilden die städtischen Arbeiter. Eine Illustrierung dazu sind jene Arbeiterinnen auf den städtischen Gütern, die die fürstliche Entlohnung von 15½ Pfennig Stundenlohn erhalten. **Man hat die Rechte der Betriebsräte in den städtischen Betrieben fast ganz beseitigt.** Früher benutzte man [illegible] aber jetzt fühlt man sich wieder mächtig genug, da bekommen [illegible] sogar fertig, Betriebsräte zu entlassen. Bezeichnend [illegible] auch die Politik selbst, die vom Magistrat getrieben wird. [illegible] Stadtverordnetenversammlung hat einen Beschluß über [illegible] führung des Achtstundentages gefaßt. Die desfallsigen [illegible] statten das auch. Aber unser sozial denkender Magistrat [illegible] daran gedacht, diesem Beschlusse Rechnung zu tragen. [illegible] müssen Ueberstunden leisten, damit das Erwerbslosenheer kleiner wird und damit das Unternehmertum geschützt bleibt.

Eine Frage, die zur Reichsgesundheitswoche hätte aufgeworfen werden müssen, ist die Unzulänglichkeit der Bedürfnisanstalten. Geld, das für irgendwelche Mätzchen ausgegeben wurde, hätte lieber zum Bau einer Bedürfnisanstalt benutzen sollen.

Eine Position, zu der die kommunistische Fraktion unter keinen Umständen ihre Zustimmung gibt, ist die Polizei, für [illegible] 980 000 Mark ausgeben will. 400 000 Mark sollen an die [illegible] Polizei abgeführt werden, und die Stadt hat dabei nicht [illegible] ringsten Einfluß. Wir haben jetzt 3- bis 4mal soviel Polizei [illegible] vor dem Kriege, und wie der Schutz der Bevölkerung durch [illegible] Schutzpolizei aussieht, besagt allein der Name Piegler.

Ungesühnt ist das Verbrechen vom „Vollsport" geblieben, [illegible] mand hat gewagt, Piegler anzutasten.

Aber das Gegenstück dazu konnte man am Sonntag im Wi[illegible] sehen, wo von seiten des Schupooffiziers mit unglaublicher [illegible] sicht gegen die nationalistischen Studenten vorgegangen wurde. [illegible] **verlangen eine zuverlässige kommunale Polizei, die sich [illegible] organisierten Arbeiterschaft zusammensetzt.**

Auch das Kapitel Schule muß von unserer Seite beanstandet werden. Die heutige Schule ist eine typische Klassenschule, bei der die Kinder der Besitzenden alles, für die Volksschüler nichts bieten. Wir fordern für die Volks- und Mittelschulen vor allem [illegible] völlige Lehr- und Lernmittelfreiheit. Auch für die Kirche [illegible] Beträge ausgeworfen, die wir selbstverständlich ablehnen.

Dafür wird aber lange nicht genügend für den Wohnungsbau getan.

Das Wohnungselend in Halle hat sich nicht verringert, sondern vergrößert.

Große Familien haben, selbst auf Dringlichkeitskarten, keine Aussicht, eine Wohnung zu bekommen, weil sie kein Hauswirt [illegible] Zu alldem sind die Mieten ständig gestiegen. Die Hausjunker [illegible] ist nur zu einem kleinen Teil für Häuserbau verwandt worden. Gerade die SPD. war es früher, die für die Hauszinssteuer eintrat mit der Begründung, daß dafür Häuser gebaut werden sollen. Jetzt sieht man, daß wir mit unserer Ablehnung recht behalten haben. Besonders schlimm wirken sich die Exmittierungen aus. Es gibt keine Möglichkeit, exmittierte Familien unterzubringen. Die im Asyl untergebrachten Frauen und Kinder müssen dort allein bleiben, während der Familienvater sich irgendwo aufhalten muß. Die Stadt muß unbedingt eine Unterkunft [illegible] wo die exmittierten Familien zusammenbleiben können. Das ganze Kapitel ist ein Hohn auf die gutgewollte Ordnung und [illegible] Zusammengehörigkeit der Familie. Sehr schlimm ist es auf [illegible] die Unterbringung der Obdachlosen bestellt. [illegible] Wanderburschen, die durch Halle kommen, behaupten, daß sie in keiner Stadt ähnlich traurige Verhältnisse antreffen. Auch hier muß [illegible] hilfe geschaffen werden.

Dafür hat man aber Geld für andere Sachen. Es sind im vorigen Jahr

sehr große Summen für den Flugverkehr

aufgewendet worden. In diesem Jahr sieht man dafür keine Position im Etat. Wir verlangen Aufklärung, wo die Summen [illegible] gebracht sind. In solchen Fällen ist man immer großzügig, [illegible] wenn nicht die Verhältnisse sich so überstürzt hätten, würde man [illegible] längst mit dem Bau der Stadthalle begonnen haben; aber in der [illegible] ruhe in der Bevölkerung über dieses Projekt ist vorläufig zu [illegible]

Was die Position Gesundheitspflege angeht, so für [illegible] Errichtung eines Stadtkrankenhauses dringend notwendig [illegible] werden entsprechende Anträge stellen.

Bei der Einzelaussprache wird sich erweisen, ob die Dinge [illegible] gehen werden wie im Haushaltausschuß, wo man alle [illegible] tarischen Forderungen niedergestimmt hat. **Wir müssen diese [illegible] unter allen Umständen ablehnen, denn es ist ein Etat, wie [illegible] bürgerlich-kapitalistische Vertretung aufgestellt hat.** Alles, was [illegible] aufgezeigt worden ist, bietet ein großes Elendsbild. Auch [illegible] zeigt sich, daß der Kapitalismus krampfhaft bemüht ist, sich [illegible] Wasser zu halten auf Kosten des Proletariats.

Erst ein Sowjet-Deutschland wird eine Kommunalpolitik im Sinne der proletarischen Klasse ermöglichen.

Wie mit Arbeitslosen umgesprungen wird!

Aus Biehla wird uns berichtet:

Wie schon früher mitgeteilt, sind die akkordarbeitenden Kollegen des Eisenwerks Elsterwerda wegen Nichtannahme eines diktierten 20prozentigen Lohnabzugs am 2. Februar ausgesperrt worden. Tags darauf wurden noch sieben in Stundenlohn beschäftigte Arbeiter wegen Arbeitsmangels entlassen. Sie meldeten sich auf dem Arbeitsnachweis und stellten Antrag auf Erwerbslosen-Unterstützung. Wer aber nun glaubte, daß diese nun auch gezahlt würde, hat nicht mit dem Schneckentempo der Behörden gerechnet. Erst Ablehnung durch das Kreisarbeitsamt, dann, nachdem dort schon vier Wochen vergangen, die Eingabe an das Landesarbeitsamt. Diese wurde aber vom Vorsitzenden des Kreisausschusses nicht weitergeleitet, sondern dem Verwaltungsausschuß des Arbeitsnachweises übergeben, aber auch dieses nur noch mehrmaligen Mahnungen von seiten der Ortsverwaltung des DMV. Elsterwerda. Auch dieser brauchte zwei Sitzungen, ehe er sich darüber schlüssig wurde. Als in der zweiten Sitzung mit 8 zu 4 Stimmen für Genehmigung gestimmt wurde, mußte der Herr Landrat noch einen Ausweg, wie er die Sache verzögern könne. Er sagte: „Er müsse dieses erst den Regierungspräsidenten vorlegen!" Nun ist diese Angelegenheit schon im Kreistag angeprangert worden, aber der Herr Regierungspräsident hat ebensolche Ruhe wie der Herr Landrat. Oder glauben die Herrschaften, daß sie dadurch einen Druck auf die im Kampf befindlichen Kollegen ausüben können? Wie diese gesonnen sind, zeigt wohl das letzte Abstimmungsergebnis über die Forderung des Kampfes, wo von 34 Abstimmungsberechtigten nur 2 für den Vorschlag der Unternehmer stimmten (anstatt 20 Prozent Abzug 13,8 Prozent und Einstellung nach Belieben).

Also nach 13 Wochen hat sich der Amtsschimmel noch nicht soweit bewegt, daß diesen Kollegen die ihnen zustehende Unterstützung gezahlt werden kann! Die Kollegen sind dadurch in eine Notlage geraten, da sie durch diese Verschleppungspolitik die geradezu aufreizend wirkt, gezwungen sind, Schulden zu machen. Für Fürstenabfindung usw. haben diese Herren ein viel besseres Empfinden, da diese es ja wohl auch bedürftiger sind. Für den Arbeiter heißt es nur zahlen, um ihm dann letzten Endes das Leben so schwer wie möglich zu machen.

Gegen solche Zustände muß die Arbeiterschaft energisch Einspruch erheben. Erwerbslose und beschäftigte Arbeiter müssen sich gegenseitig im Kampfe unterstützen. Wenn zudem noch Gewerkschaftskartell und Kreistagsfraktion eingreifen, dann wird und muß es gelingen, daß die Erwerbslosen zu ihrem Rechte kommen. Hier muß energisch nachgeholfen und mit den Saboteuren Fraktur geredet werden.

* **Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit.** Unsere fällige Mai-Mitgliederversammlung findet nicht am Sonnabend, dem 8. Mai, sondern Sonnabend, dem 15. Mai 1926, abends 8 Uhr, im Hotel „Stadt Dresden", Martinstraße 10, statt. Wir machen ganz besonders darauf aufmerksam, daß nach der Versammlung ein Beisammensein stattfindet, wozu wir Freunde und Gönner unseres Bundes herzlich einladen.

Aus der Jugendbewegung

Jung-Spartakus-Bund, Ortsgruppe Halle

Heute abend 6 Uhr Treffen aller Spielleute auf dem Sandanger. Unbedingtes Erscheinen ist notwendig.

Theater und Konzerte

Modernes Theater

„Das Programm im Modernen Theater soll sehr gut sein", sagte mir [illegible] ich einen Besuch desselben entschloß. Alle dann man schnell sie, wenn die ersten Nummern nicht verpaßt.

Eine diktierende und Stimmung erzwingende Musik (Kapelle [illegible]) [illegible] besetzten Saal klang uns entgegen. Die und Musik, zwei junge Tänzerinnen [illegible] diese gute Musik in graziösen Bewegungen um und erzielten viel Beifall. [illegible] Heldinghaus kam, sprach und wirkte. Steffi Kriß aus München lachte, das [illegible] jubelte und die Bühne wackelte von ihrem herzhaften Humor. Carola [illegible] für das Auge ein Gemälde aus Rokoko und Biedermeier, für das Ohr ein [illegible] kam sie lang mit einer schönen Stimme Expressionen und Neuheiten. [illegible] und Professor Dolores tanzten Boston, Tango und Groteskes. [illegible] Programms — Fred Eimann mit seinem frechen Schützenjungen erregte [illegible] Bauchkitzlern Stauen und brigerte das Lachen des Publikums [illegible] grimmen.

Nach der Vorstellung folgte das Publikum selbst dem ausgelassenen Spiel bis [illegible] Grabe im Tanze.

Als wir den Moderne Theater verließen, sagte die Frau meinem Begleiter: „Ein Lokal mit Wiener Stimmung in Halle — ich werde meine Eltern [illegible] verschicken."

Zoologischer Garten. Morgen, Donnerstag, nachmittag 4 Uhr und abends [illegible] Konzerte des Hallischen Sinfonie-Orchesters.

Briefkasten

Der Kirchenaustritt ist gebührenfrei. Mitzunehmen sind Papiere, aus denen [illegible] Zugehörigkeit zu einer Kirche hervorgeht. (Taufschein, Konfirmationsschein, Trauschein.)

Verantwortlich: Max Bodemann, Giebichenstein, für den redaktionellen Teil und den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S., Gerbersteinstraße 19.

Werbt für den „Klassenkampf"

In diesen Tagen kassieren unsere Träger die erste Mai-Rate. — Wir ersuchen dringend, denselben die Einkassierung zu erleichtern.

Der Verlag.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260505-15/fragment/page=0006

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Schachbund Mannheim gegen Wildung

Die am 17. April d. J. stattgefundene Mitgliederversammlung des Arbeiter-Schachclubs Mannheim erhebt gegen die am 8. April d. J. in „Vorwärts", von seiten des Genossen Wildung, als Vorsitzer der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege erfolgten Angriffe auf den „Deutschen Arbeiter-Schachbund" einen Protest. Der Bundesvorstand wird hiermit beauftragt, alles ihm zur Verfügung stehenden Mittein dieser gesährlichen Spaltungspolitik ganz energisch entgegenzutreten.

Der Ullstein-Olympiade-Fonds

Nachdem die deutsche Bourgeoisie in die Locarno-Front eingetreten ist, kann die deutsche bürgerliche Sportbewegung an den internationalen Olympiaden teilnehmen. Die Amsterdamer Olympiade 1928 wird von der deutschen Bourgeoisie eifrig vorbereitet. Wie das „Berl. A.-B. mitteilt, hat das Berliner Zeitungsunternehmen Ullstein A.-G. durch seinen „Ullstein-Olympiade-Fonds die Mittel für die Heranziehung der 60 besten Schüler bereitgestellt". Die 60 besten dritter Klasse und der gesamte Aufenthalt (Verpflegung und Unterkunft) werden bestritten. Die Bourgeoisie läßt sich ihre Veranstaltungen etwas kosten. So wie sie die Arbeitskraft des Volkes zur Ausbeutung kauft, so kauft sie die noch im bürgerlichen Verbande steckenden Arbeiter für ihre sportlichen Veranstaltungen.

Aus der Bitterfelder Sportbewegung

Der Ortsausschuß Bitterfeld des Reichsausschusses für Leibesübungen, dem auch das **Arbeiter-Sport- und Bildungskartell** angehörig ist, beschloß in seiner letzten Vertretersitzung gegen die Stimmen der Arbeitervereine, einen sogenannten Kampfspieltag am Sonntag, dem 16. Mai, zu veranstalten.

Genosse Wiemann von der Mackenschule als Vorsitzender gab sich allerhand (vergebliche) Mühe, die Arbeitervertreter zu überzeugen, daß sie sich auch an diesen Veranstaltungen beteiligen müßten. Wer Vorteile haben wolle, müsse auch Pflichten haben, sonst .... ! Aber auch diese versteckten Drohungen verfehlten vollständig ihren Zweck. Im Gegenteil, alle Sprecher der Arbeitervereine bewiesen klipp und klar in ihren Ausführungen, daß sie über den Zweck und die Arbeit des Reichsausschusses für Leibesübungen ganz andere Ansichten haben, als das hier zum Ausdruck kam.

Genosse Petermann wies in klaren sachlichen Ausführungen darauf hin, um was sich der Ortsausschuß kümmern solle. Nicht um Fest zu arrangieren, sei der Ortsausschuß da, das sei Sache der einzelnen Verbände, sondern an allen Stellen die Schritte zu unternehmen, um den **Sport zu fördern.** Dies sei die Hauptsache und daran werden die Arbeitersportvereine immer mitarbeiten.

Es war geradezu lächerlich, daß alles, was die Arbeitervertreter vorbrachten, „politisch" sein sollte. Vergeblich sich doch der Vorsitzende, Turnlehrer Wiemann, zu der fürchterlichen Drohung, er in Zukunft jedem Redner, der nach seiner Ansicht politisch sei, das Wort entziehen will, worüber der unvermeidliche Redakteur Saldow vom „Bitterfelder Tageblatt" (Berichtigungsblatt) große vor Freuden einen Indianertanz aufgeführt hatte.

Von dem **Arbeiter-Sport- und Bildungskartell** eingebrachter Antrag, der sich gegen das in Vorbereitung sich befindliche oder bereits bestehende **Verbot der sportlichen Betätigung während der Arbeitszeit** richtet, wurde nach längerer Debatte **einstimmig angenommen,** obwohl der Vorsitzende alles versuchte, die Sache auf die lange Bank zu schieben. Er wurde beauftragt, diesen Protest an den Bürgermeister als Polizeiverbandspräsident und an den Reichsminister weiterzuleiten.

Ein weiterer Antrag des Arbeiter-Sportkartells, daß mindestens jeden Vierteljahr eine **Pflichtversammlung** stattfinden soll, wurde auch mit großer Mehrheit **angenommen.**

„Die neue Großmacht" in Dessau

Die Arbeitersportvereine des Amtsbezirks, ebenso alle Vereine der 1. Gruppe im Bezirk des Arbeiter-Turn- und Sportbundes werden hiermit nochmals auf die Veranstaltung von Olympiaabfahrten von der Frankfurter Arbeiter-Olympiade aufmerksam gemacht. Für Radsportvereine müssen zu der Veranstaltung am 8. Mai in Dessau Fahrten gemacht werden. Besonders sind die Einwohner des Amtsbezirks Dessau eingeladen. Die Radsportgruppe des Arbeiter-Radsahrerbundes „Solidarität" muß vollzählig erscheinen.

Wittenberg

Die Arbeitersportvereine und Kulturorganisationen zur Kenntnis, daß der Werbeabend des ZB. „Die Naturfreunde" am 8. Mai durch das Fernbleiben verschiedener auswärtiger Ortsgruppen nicht stattfinden kann. Am Sonntag, dem 9. Mai, vormittags 9 Uhr, findet dafür ein Vortrag von O. Wittke (Halle) über Naturfreundbewegung und Arbeiterfluße statt. Wir laden hiermit sämtliche ortsansässigen Organisationen ein.

Die Ortsgruppenleitung.

Fußball

Gesellschaftsspiele am Freitag, dem 7. Mai

Uhr Sportbrüder 1. — ASC. 1., Sandungen (Kümpfer, Krollmik); 1/47 Uhr Germania 1. — Treitha 1., Leipzig (Pollschuk, Sportlust).

Serienspiele am 9. Mai

Uhr Reinsdorf 1. — Radewell 2. (Diemitz); 4 Uhr Passendorf 1. — Fichte 2. (Kunze).

Gesellschaftsspiele am 9. Mai

Uhr Beginn des Sportfestes, verbunden mit Flaggweihe, finden in Löbejün folgende Spiele statt:

Uhr ASC. 2. — Teicha 3. (Bittorio); 10 Uhr ASC. Jugend — Löbejün Jugend (Kaufmann); 11 Uhr ASC. 2. — Löbejün 1. (Minerva);

Uhr ASC. 1. — Teicha 1. (Bezold, Fichte).

Uhr Wörmlitz 1. — Fichte 1. (Heinicke, Sportlust); 1/45 Uhr Wörmlitz 2. Jugend — Radewell Jugend; 1/4 Uhr Zörbig 1. — Gröbers 1. (Thomas, Kreil); 1 Uhr Brachwitz 2. — Diemitz 2. (Treitha); 1/4 Uhr Brachwitz Jugend gegen Gröbers Jugend (Gröbers); 4.10 Uhr Brachwitz 1. — Förderstedt 1. (Schröter, Kreil); 1 Uhr Diemitz 1. — Brachstedt 1. (Krollmik); 1 Uhr Leitzkau 3. gegen Reinsdorf 1. (Kaufmann); 1/3 Uhr Leitzkau 2. — Minerva 2. (Teutonia); 4 Uhr Minerva 1. (Tomm, Tölau); 4 Uhr Aslavia 1. — Radewell 1. (Schüler, Kreil); 4 Uhr Sportlust 2. Jugend — Minerva 2. Jugend (Bittorio); 1/3 Uhr Gröbers 2. — Krollmik 2. (Wörmlitz); 3 Uhr Sportlust 1. Jugend — Minerva 1. Jugend (Giebichenstein); 4 Uhr Sportlust 1. — Krollmik 1. (Kreil, Teiche); 4 Uhr Bitterfeld 1. Jugend — Giebichenstein 1. Jugend (Kessenbrock); 1/2 Uhr Bitterfeld 3. (Minerva); 3 Uhr Bitterfeld 2. — Tölau 2. (Brackdorf); 1/2 Uhr Krollmik 3. — Tölau 1. (Jetzerling, Fichte); 1/2 Uhr Giebichenstein 3. (Diemitz); 4 Uhr Giebichenstein 1. — Teutonia 1. (Kümpfer).

Gesellschaftsspiele am 13. Mai (Himmelfahrt)

Uhr ASC. 1. — Krollmik 1. (Schröder, Treitha); 3 Uhr Minerva 3. — Lettin 3. Uhr Teiche Jugend — Sandersleben Jugend (Treitha); 1 Uhr Teiche 3. Sandersleben 3. (Brachstedt); 1/2 Uhr Teiche 2. — Sandersleben 2. (Kettin); Gröbers 1. — Sandersleben 1. (Schmittke, Viktoria); 4 Uhr Sportbrüder 1. Uhr Reinsdorf 1. (Stengel, Krollmik); 1/3 Uhr Diemitz 2. — Teutonia 2. (Sportlust); Uhr Reinsdorf 1. — Gröbers 2. (Zörbig); 2 Uhr Giebichenstein 2. — Krollmik 2. (Tölau).

Am Freitag, dem 14. Mai

Uhr Viktoria 1. — Diemitz 1. (Schulze, Teutonia).

Am Sonnabend, dem 15. Mai

Uhr Fichte 1. — Teutonia 1. (Störmer, Sportbrüder).

Amtliche Bekanntmachung

Bei am Montag, dem 10. Mai, im „Volkspark" stattfindenden Vorstandssitzung ist noch zu erscheinen:

Genossen Giebichenstein in Sachen Spielabschlüsse.

Die Vereinsleiter: **Brachstedt, Walter Baum.** Die Schiedsrichterkrafte von Vereinen sind aufgehoben.

Die verhängten Disqualifikationen sind aufgehoben.

J. A.: Pabst. J. A.: Walter Kümpfer.

Die russische Sektion der RSJ. an den Vorstand des Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes

Werte Genossen!

Wir teilen Euch mit, daß wir Eure Briefe vom 22. Februar und 13. März dieses Jahres erhalten haben. Auf unser Ersuchen um Zulassung unserer Schwimmer zum Wettschwimmen in Berlin, um deren Entsendung uns die Berliner Organisation bat, antwortet Ihr mit einer Anfrage betreffend eine ganze Reihe grundsätzlicher Fragen.

Wir sind daher gezwungen, Euch noch einmal darauf hinzuweisen, daß unser an Euch gerichtetes Ersuchen das Ergebnis des klar zum Ausdruck gebrachten Willens der Berliner Arbeitersportler, ein Wettspiel mit unseren Arbeitersportlern zu veranstalten, war. **Solche Ersuchen von ausländischen Arbeitersportorganisationen erhalten wir sehr oft, und selbst in Fällen, wenn die sich an uns wendenden Organisationen den Sektionen der RSJ. nicht angehören, kommen wir solchen Ersuchen gern entgegen, denn wir sind überzeugt, daß die Einheitsfront aller Arbeiter gegen die Bourgeoisie im allgemeinen und um so mehr auf dem Gebiete des Sportes, wo wir leichter zu einem Einvernehmen gelangen können, geschaffen werden muß.**

Auch dieses Mal haben wir, als wir die Einladung der Berliner Arbeiter erhielten, diese gern angenommen, wollten aber diese Frage nicht ohne Zustimmung der diese Arbeiten zusammenfassenden Sport-Instanz lösen.

Aus diesem Grunde haben wir unseren Brief an Euch gerichtet.

Zu diesem Schritte veranlaßte uns der loyale Wunsch, ein Einvernehmen in dieser Frage zu erzielen und Eure Zustimmung zu erlangen.

Wir erwarteten, daß auch Ihr gegenüber dem Wunsche der russischen und deutschen Arbeiter, ein Wettschwimmen in Berlin zu veranstalten, ein Entgegenkommen bewiesen werdet.

Statt dessen erhalten wir von Euch aus diesem einfachen Anlaß eine regelrechte Anfrage betreffend unsere Ansichten in einer Reihe grundsätzlicher Fragen: über unsere Stellung zum Pariser Kongreß und sogar unsere Stellung zu einzelnen Paragraphen der Moskauer Resolution.

Trotzdem Eure Aufgabe in keiner unmittelbaren Beziehung zur Zusammenkunft der russischen und deutschen Arbeiterschwimmer in Berlin steht und trotzdem die Verdunkelung einzelner Fragen durch komplizierte, prinzipielle Diskussionen den gegenseitigen Verkehr der Arbeitersportler der beiden Länder nur erschweren und die Verwirklichung der klar zum Ausdruck gelangenden Bestrebungen der Arbeitermassen verzögern kann, wollen wir der Antwort nicht aus dem Wege gehen und erachten es für notwendig, Euch folgendes darzulegen:

Die Pariser Resolution „nehmen wir an", insofern dort die Möglichkeit von Zusammenkünften zwischen Arbeitersportlern, die verschiedenen Sportorganisationen angehören, beschlossen wird. Wir heben das mehr als einmal wiederholt und wiederholen es noch einmal: Wir sind für die Einheit der Arbeiterbewegung im allgemeinen und auf sportlichem Gebiet im besonderen. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß das klare Streben der Arbeitermassen einen allerdings nicht ganz klaren Ausdruck in diesen Punkten der Pariser Resolution des Pariser Kongresses gefunden hat, und daher „anerkennen" wir diese Resolution nur insofern, als sie gemeinsame Sportveranstaltungen, wenn auch unter gewissen Bedingungen, aber immerhin ermöglicht.

Wir sind aber durchaus nicht einverstanden mit jener Stelle der Resolution, wo es heißt, daß der Kongreß eine Vereinigung mit der RSJ. gegenwärtig als unmöglich betrachtet.

Wir sind der Ansicht, daß diese Schlußfolgerungen den vorhergehenden Erklärungen der Resolution, betreffend die Möglichkeit sportlicher Zusammenkünfte, zuwiderläuft. **Wir sind der Ansicht, daß sie falsch ist, da diese Vereinigung, natürlich bei einem aufrichtigen Wunsch Eurerseits, gegenwärtig durchaus möglich ist,** und weil ferner diese Schlußfolgerung der Stimmung der Arbeitermassen in der Sowjetunion und in den europäischen Ländern zuwiderläuft.

Ihr fragt, ob wir der Auffassung zustimmen, daß die Zusammenkünfte nur im Wege von Verhandlungen mit den größeren Vereinigungszustande kommen sollen. Der Brief, den wir aus Anlaß des Ersuchens der Berliner Organisation um Entsendung unserer Schwimmer nach Berlin an Euch gerichtet haben, ist eine praktische Antwort auf diese Frage. Wir hoffen nun, daß die größeren Organisationen stets ein Entgegenkommen bekunden und die Verwirklichung der Wünsche und Bestrebungen Eure Arbeitersportzirkel fördern werden.

Was Eure Anfrage, betreffend die „unter Genossen unzulässigen Mittel und Methoden", anbelangt, so müssen wir bemerken, daß wir die Arbeiter aller Länder stets als Brüder und Genossen behandelten und es auch jetzt tun. Einen anschaulichen Beweis hierfür bilden die Verbrüderungen, die zwischen unseren Mannschaften und den Eurer Organisation angehörenden Arbeiterorganisationen stattgefunden haben. In keiner Zeile irgendeines Briefes, den wir an Euch richteten, werdet Ihr etwas „non einem unzulässigen Ton" finden. Wir sind der Ansicht, daß ein unkameradschaftlicher Ton als ein Hindernis der Herbeiführung einer Einheitsfront schädlich und unzulässig ist. Wir erklären, daß wir von dem aufrichtigen Wunsche erfüllt sind, freundschaftliche Zusammenkünfte und Beziehungen mit den deutschen Arbeitersportlern herbeizuführen.

Im 4. Punkt schließlich fragt Ihr, wie wir uns zu den Resolutionen der RSJ. stellen. **Wir gehören der RSJ. an und die Tatsache an und für sich bedingt unsere Stellung zur RSJ. Wir behaupten sogar, daß unsere hier dargelegte Auffassung restlos die Auffassung der RSJ. ist.**

Wir hoffen, daß unsere obigen Erläuterungen zu den Eurerseits gestellten Fragen unseren Standpunkt vollkommen klargelegt und daß in der Zukunft alle größeren Organisationen, nicht nur Berlins, sondern Deutschlands im allgemeinen, die Verwirklichung des Willens der deutschen und russischen Arbeiter, nach gegenseitigem Uebereinkommen sowohl in Deutschland als in der Sowjetunion Sportspiele und Wettspiele zu veranstalten, fördern werden. **Die deutschen und russischen Arbeitersportler müssen, indem sie gemeinsame Wettspiele veranstalten, die einen Ansporn zur Verwirklichung der Einheit der internationalen Arbeitersportbewegung geben sollen, sich als Genossen fühlen.**

Moskau, März 1926.

Mit revolutionärem Gruß

Der Vorsitzende des Obersten Rates für Körperkultur:
Semaschko.

Amtlich. Die Spielergebnisse und Berichte sind jeden Sonntag in der Zeit von 6 bis 8 Uhr abends im „Volkspark" anzugeben. Telephon Nr. 966. Berichterstatter und Vereinsleiter! Wir bitten, jetzt mitten in den Freundschaftsspielen, sorgt dafür, daß die Resultate in die Oeffentlichkeit gelangen im Interesse unserer Bewegung.

J. A.: A. Pabst.

93 1. — Union 1. Weißenfels 7:1 (2:1), Eckm 6:3

Keiner der zahlreichen Zuschauer hätte ein derartiges Resultat erwartet. Punkt 1/4 5 Uhr nimmt das Spiel seinen Anfang. Union will scheinbar das Spiel gewinnen. Das 93 macht sich frei und nach 20 Minuten hat das erste Tor im Unionnetz. Ein Durchbruch des Halbrechten endigt mit Nr. 2. Kurz vor Halbzeit schießt Union das Ehrentor. Eine halbe Minute nach Wechsel fällt Nr. 3. Union gibt das Spiel noch nicht verloren. Aber durch Handelmeier hängt Nr. 4. Der schußfreudige Sturm schießt dann noch drei weitere Tore.

93 2. Weißenfels verlor gegen Treibnitz 2, vorteilhaft 2:8.

Am Sonnabend führt die 1. Elf nach Deutsch gegen Jahn 1. Die 2. führt nach Rutzbüttel zum Fußballturnier. Am Sonntag findet ein großes Treffen auf unserem Platze (Meißenstein) statt: 93 1. — Gera-West 1., 1/4 Uhr. Vorher Faustballspiele.

Spielvereinigung Teuchern 1. — Union Weißenfels 1. 8:0

Am Sonntag, dem 2. Mai, weilte Spielvereinigung Teuchern mit drei Mannschaften in Weißenfels und spielte dort gegen Union. 3. und 2. Mannschaft trennten sich unentschieden. Das Spiel der 2. Elf mußte kurz vor Halbzeit wegen anzunehmender Witterung beim Stande von 9:0 abgebrochen werden. Mit etwas Verspätung stellen sich dem Schiedsrichter die 1. Mannschaften. Teuchern hatte von Anfang bis Schluß das Spiel dauernd in der Hand und konnte somit einen 8:0-Sieg erringen. Das Resultat entspricht dem Spielverlauf.

Verein für Kultur- und Körperpflege Hohenmölsen. Fußballabteilung Wacker. Fußball am 2. Mai: Hohenmölsen 1. — Lützen 2. 4:0. Lützen weilte zum Rückspiel hier. Auch diesmal gegen sie den Kürzeren und mußten sich geschlagen bekennen. Es führte schon bis zur Halbzeit 2:0 und erhöhte nach Seitenwechsel um weitere zwei Tore auf 4:0. Bei diesem Stande erreichte das Spiel sein Ende.

Hohenmölsen 2. — Gusel 1. 2:0.
Hohenmölsen 3. — Lützen 2. 5:2.
Hohenmölsen Jugend — Taucha Jugend 1:2. Die Jugend sorgte diesmal für die Ueberraschung. Während sich alle Mannschaften Regreich schlugen und selbst die 3. einen Sieg landete, mußte sie mit einer knappen Niederlage zurück. Da sie 2. in im letzten Treffen mit 5:0 heimschickte, kommt das Resultat um so mehr überraschend. Hoffentlich macht sie diese Scharte bald wieder weit.

Der neue „Proletariersport" ist erschienen!

Die neue Nummer des „Proletariersport" bringt wieder reichhaltiges Material aus der internationalen Arbeiter-Turn- und Sportbewegung. Einleitend wird ein Brief veröffentlicht, den die russische Sektion der RSJ. an den Bundesvorstand des Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes geschrieben hat. Aus dem Brief ist ersichtlich, daß die russischen Arbeitersportler nichts unversucht lassen, um die Einheit mit den deutschen Arbeitersportlern herzustellen. Der 4. Bundestag des Deutschen Arbeiter-Schachbundes, der zu Ostern in Jena tagte und der die Aufnahme der Russen in die Arbeiterschachinternationale beschloß, wird in einem längeren Bericht eingehend behandelt. Weiter folgt ein Bericht über den 3. Kongreß des Norwegischen Arbeitersportverbandes (Sektion der RSJ.), der ebenfalls Ostern stattfand. Die in Nummer 3 des „Proletariersport" aufgeworfene Frage der Russenspiele wird in dem Artikel „Ergänzendes zur Frage der Russenspiele" weiter behandelt. Aus dem weiteren Inhalt der Nummer sei noch erwähnt: „Der Kampf um die Einheit in der deutschen Arbeitersamariterbewegung", „Die gewerkschaftliche Körperkultur in Zahlen", „Solidaritätsaktion der sowjet-ukrainischen Arbeitersportler für deutsche Arbeitersportler". Abhandlungen über den Stand der russischen Körperkulturbewegung sowie kleinere Artikel über die letzten Ereignisse vervollständigen den Inhalt der neuen Nummer. 12 aktuelle Bildaufnahmen zeichnen diese Nummer noch besonders aus.

Der „Proletariersport" ist zu beziehen durch den Sportverlag Internationales Stadion, „Insia", GmbH., Berlin O 34, Wilhelm-Stolze-Straße 38. Preis der Nummer 20 Pf.

Handball

Fichte Halle — Freie Turnerschaft Fermersleben 1:3

Kreismeisterschaftsspiel

Am Sonntag, dem 2. Mai, handelt sich in Schönebeck obige Mannschaften im Kreismeisterschaftsspiel gegenüber. Fichte hat Anstoß und arbeitet sich gut durch, jedoch nur bis zum Strafraum. Die Verteidiger von Fermersleben wissen zu verhindern, daß Halles M.-St. oder H.-K. nicht zum gefährlichen Torwurf kommen. Fermersleben liefert von Anfang an ein hartes Spiel, welches Halle, wenn auch widerwillig, erwidern muß, wollen sie das Spiel nicht von vornherein als verloren ansehen. Endlich gelingt es Halle nach feiner Kombination durch Mittel, das erstemal einzusenden. Es wird nicht anerkannt, da angeblich übergetreten war. Kurz darauf Seitenwechsel. Das Spiel setzt wieder flott ein und acht Minuten nach Halbzeit sendet nach gutem Durchspiel Halles Halbrechter den ersten und letzten Treffer unhaltbar ein. Kurz darauf sieht Fermersleben gleich und stellen bis zum Schluß das Resultat auf 3:1. Trotzdem Fermersleben technisch besser war, verlor Fichte unverdient. Mit einem Klang: Glück traten sie die Reise an. Der beste Mann des Tages war Halles Torwart. Der Schiedsrichter war dem Spiel nicht ganz gewachsen. Zum Schluß möchten wir der Freien Turnerschaft Fermersleben zurufen, sich eine feine Spielweise anzugewöhnen.

D. M.

2. Klasse. 2 Uhr Othello 2. — Peißen 1., Othello (Minerva); 3 Uhr ASC. 2. gegen Sportlust 2. Leipzig (ABW. Krollmitz); Achilles 2. — Atlas 2. Sandauer (Edwin); 1 Uhr Wörmlitz 2. — Othello 1. Jugend, Wörmlitz (Diemitz).

Leichtathletik

Kreismeisterschaften, 2. Kreis (Ausschuß)

Am Mittwoch, dem 5. Mai, abends 8 Uhr, findet eine Sitzung sämtlicher Ausschußmitglieder statt. Jeder Verein hat dazu zwei Mann nach dem Siedlers Halle zu entsenden; vorteilhafte Treffpunkt. Manche die Vereine nochmals auf das Rundschreiben aufmerksam. Es ist alle Pflicht eines jeden Vereines, vertreten zu sein, um eine ordnungsgemäße Abwicklung der Veranstaltung vor sich gehen zu lassen.

Hermann Koch.

Radio

Arbeiter-Radio-Klub, Ortsgruppe Halle

Vom 6. Mai an findet jeden Donnerstag von 4 bis 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 14, der Bastelkursus für die Jugendgruppe statt. Anmeldungen von Jugendlichen im Alter von 12 bis 14 Jahren werden vorteilhaft entgegengenommen. Die übliche Bastelstunde findet wie sonst um 1/8 Uhr statt.

Vereinsmitteilungen

Turn- und Sportverein Fichte, Halle, e. V. Sonnabend, den 8. Mai, pünktlich abends 7 Uhr, Vorstandssitzung im „Volkspark". — Sonntag, den 9. Mai, Vereinsausflug nach Kitzleben. Alles Sportkleidung mitbringen. Abmarsch morgens 1/8 Uhr vom Platz.

Fichte, Halle (Fußballabteilung). Freitag, den 7. Mai, in der „Sonne" Mitgliederversammlung. Da wichtige Tagesordnung vorliegt, muß alles unbedingt erscheinen.

ASC. Halle (Fußball). Freitag, den 7. Mai, spielt 1. — Sportbrüder 1. um 1/47 Uhr auf dem Sandanger. Treffpunkt 4 Uhr pünktlich. — Freitag, den 7. Mai, findet um 1/8 Uhr eine Vorstandssitzung beim Sportgenossen Müller, Große Schlagasse 6, statt. — Sonnabend, den 8. Mai, findet die fällige Mitgliederversammlung um 8 Uhr im Vereinslokal statt. Wegen Bekanntgabe der Spiele zum Sonntag muß jeder Faustball- und Handballspieler erscheinen.

Mtk. Trotha. Am Freitag, dem 6. Mai, findet unsere fällige Monatsversammlung statt. Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht.

Fußballclub Union Weißenfels. Heute, Mittwoch, abend 8 Uhr in der „Weintraube" Sitzung der Bezirksleitung.

Freie Turnerschaft Gielsen. Donnerstag, 6. Mai, Musikantenkunde auf dem Sportplatz. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend, 8. Mai, Frühjahrswanderung in Carlsdorf. Abmarsch 1/7 Uhr von Lokal Naue. Mit Spielmannszug. — Sonntag, 9. Mai, Schauturnen in Zörbig. Abfahrt vor Rad 13 Uhr von Lokal Naue. Beteiligung an diesen Veranstaltungen erbittet.

Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260505-15/fragment/page=0007

Die Regierungskrise in Polen

Von Agel (Warschau)

Das deutsche Proletariat muß neben dem englischen Proletariat auch die Ereignisse in Polen mit der gespannten Aufmerksamkeit verfolgen. Die Vorgänge in Polen kennzeichnen eine akute revolutionäre Situation, wie sie täglich zu gewaltigen Kämpfen führen kann. Wir veröffentlichen zum Verständnis der Lage in Polen einen längeren Artikel informatorischen Inhalts über die Regierungslage. Red. des „Klassenkampf".

I.

Die Ursachen der Regierungskrise

Genau fünf Monate hat sich in Polen die Koalitionsregierung der Kapitalisten und der Führer der sozialkompromisserischen PPS. (Polnische Sozialistische Partei) gehalten. Am 20. April reichten beide der PPS. angehörenden Minister Barlicki und Zieniecki ihren Rücktritt ein, der vom Präsidenten der Republik angenommen wurde.

Trotz der Beteiligung der PPS. an der Koalition haben sich in den fünf Monaten des Bestehens der Koalition **die Industriekrise und die allgemeine wirtschaftliche Verwüstung nur noch verschärft.** Die Arbeitslosigkeit „stabilisierte sich" mit der offiziellen, der Wahrheit bei weitem nicht entsprechenden Zahl von 360 000. Die Losung der **Nationaldemokraten**, die eine Regierung in der Regierung bilden, den Arbeitslohn der Staatsangestellten abzubauen und zugleich auch deren Zahl einzuschränken, hat die Not der Millionenmassen dieser Angestellten nur noch gesteigert und zum Anwachsen der Arbeitslosenarmee geführt. Die Budgetpolitik des **nationaldemokratischen Finanzministers Zyziechowski** stellt sich zum Ziele, das Gleichgewicht im Staatshaushalt durch Ueberwälzung aller Lasten auf die Schultern der werktätigen Massen bei gleichzeitigen Begünstigungen jeglicher Art für die besitzenden Klassen zu erreichen.

Die „Hilfeleistung" der aus PPS und Kapitalisten bestehenden Regierung an die Arbeitslosen entspracht den „besten" Ueberlieferungen des Zarenregimes mit gleichzeitiger Anwendung der neuesten Errungenschaften der Technik: In **Zawiercie** kämpfte die Polizei gegen eine Kundgebung Arbeitsloser mit Hilfe von Stickgasen an. In Kalisz schoß sie zwei Tage lang in die Mengen der **Arbeiter hinein, die Arbeit und Brot heischten; in Stryj** veranstaltete sie ein Blutbad, dem 10 Proletarier zum Opfer fielen.

Der wahre Charakter der Koalitionsregierung als einer **Regierung des Hungers und der blutigen Vergeltung** wurde den werktätigen Massen immer mehr offenbar. Immer mehr gingen ihnen die Augen auf über die schändliche antiproletarische Rolle der PPS. in der Koalition.

Es setzte eine Flucht aus den Reihen der PPS. ein. In **Krakau** und in **Teschen** begann sich eine Parteioppposition zu bilden. Das Anwachsen der Sympathien der Massen in der PPS. für die Kommunisten rief eine **wilde, unbarmherzige Verfolgung** hervor, **die ihren Höhepunkt gerade unter der Regierung der PPS. und der Bourgeoisie erreichte.** Dennoch zeigt sich dieses Anwachsen der Sympathie immer mehr. In **Lublin** mußte der der PPS. angehörende Abgeordnete **Malinowski** aus einer von ihm selbst einberufenen Versammlung fliehen und das Feld ohne Kampf dem **kommunistischen** Abgeordneten **Warski** räumen. Genosse **Warski** trug einen vollen Sieg auch in einer Versammlung in Plock, im Wahlkreise des PPS.-Abgeordneten **Niedziałkowski**, davon.

Aus Furcht, ein Generalstab ohne Heer zu werden, waren die Führer der PPS. schließlich **gezwungen**, mit der Koalition zu brechen.

Sie haben den Zeitpunkt und die Plattform für den Austritt aus der Regierung in geschickter Weise gewählt. Am Tage des 1. Mai werden sie vor den Arbeitern schon nicht mehr als eine Regierungspartei dastehen, sondern als eine „oppositionelle". Ihr Aufruf zum 1. Mai, der **nach** dem Bruche mit der Koalition herausgegeben wurde, unterscheidet sich gründlich von dem, was von der PPS. am Anfang des Monats April herausgegeben worden wäre. Nur die Angriffe gegen die Kommunisten und gegen die Sowjetunion sind die gleichen geblieben, aber dies bezeugt hinreichend, daß die PPS. — in der Regierung oder außerhalb dieser — immer auf der **bürgerlichen** Seite der Barrikade steht.

Der Bruch mit der Koalition ging auf der Plattform der **Finanzpolitik** vor sich. Das neueste Finanzprogramm des Ministers **Zyziechowski** sieht eine weitere Belastung der werktätigen Massen mit Steuern vor, weiter die Beibehaltung der im Dezember 1925 **herabgesetzten** Gehälter der Staatsangestellten, ferner die sofortige Entfernung von 15 000 Eisenbahnern aus dem Dienste, den Entzug der Renten für 66 000 Kriegsinvaliden und schließlich weitere Inflation.

All dies bringt eine neue Welle der Arbeitslosigkeit, der Teuerung, der Not und des Hungers mit sich. All dies macht einen Ausbruch der Unzufriedenheit der werktätigen Massen unvermeidlich, so daß die PPS. diesem Ausbruche nicht standhalten könnte, wenn sie sich mit dem Programm des Ministers Zyziechowski einverstanden hätte.

Aber das Finanzprogramm der PPS., mit dessen Hilfe diese Partei noch einmal das Vertrauen der Arbeiterklasse gewinnen möchte, unterscheidet sich **nur äußerlich** von dem Programm der Kapitalisten. Von den 208 Millionen Zloty, die die Erhöhung der Steuern der Staatskasse eintragen sollen, **entfallen 105 Millionen fast ausschließlich auf die werktätigen Massen.** Freilich fordert die PPS. eine Erhöhung der Vermögensabgabe um 85 Millionen Zloty. Aber sie fordert dies nur aus Wettbewerb mit den **Kommunisten**, die die volle Bezahlung dieser Steuer, das heißt im Ausmaße von 735 Millionen fordern, und deren Kampagne für die sofortige Leistung dieser gewaltigen Summe durch die Kapitalisten und Junker lebhaften Widerhall unter den werktätigen Massen findet.

Die „Forderung" der PPS.-Leute ist für die Bourgeoisie durchaus nicht schrecklich. Sie schlagen ihr dienstfertig vor, für die Bezahlung der Abgabe Kredite aus der **Staatsbank** zu erhalten. Auf diese Weise würde die Abgabe ganz einfach durch die Summen gedeckt werden, die aus den erhöhten indirekten Steuern eingehen. Mit anderen Worten: die Vermögensabgabe würde der Staatskasse von den ... Besitzlosen zugeführt werden!

Was die Inflation betrifft, so sieht das Programm der PPS. sie gleichfalls vor, wie auch das der Nationaldemokraten, nur auf einem anderen Wege. Dies ändert aber nicht das Wesen der Inflationspolitik, durch die ein Anwachsen der Teuerung, eine Herabminderung der Löhne und neue Verluste der Bauern und des Kleinbürgertums drohen.

Es ist kennzeichnend, daß die PPS. nicht mehr von einer Einschränkung der Armee spricht, wodurch die Gehälter der Staatsangestellten erhöht und deren Zahl uneingeschränkt sein könnte. Dies ist das einfache Ergebnis jener neuen **Annäherung zwischen PPS. und Piłsudski**, die in der letzten Zeit eingetreten ist, und ebenfalls des Besuches von **Paul Boncour** in Polen. Dieser sozialistische Agent des französischen Imperialismus und des ... liebenden" Völkerbundes sagte nicht umsonst:

„Der polnische Soldat, den ich an der polnisch-russischen ... gesehen habe, war für mich ein Vertreter des Schutzes ... samten europäischen Zivilisation!"

Aus der Gegenüberstellung der Programme der PPS. und Bourgeoisie für die „Sanierung" Polens ergibt sich klar: ... ein wesentliches Hindernis für ein weiteres Bestehen der Koalition nicht gibt. Wenn also die PPS. aus der Regierung ausgetreten ist, so nur deshalb, weil sich die objektive Lage der werktätigen Massen Polens vom November bis zum April außerordentlich verschlechtert hat, zugleich damit aber ein ungeheurer Ruck nach links in ihrer subjektiven Stimmung vor sich geht. Um ... dieser Tatsachen konnte es die PPS. nicht länger wagen, ihre Autorität in der Arbeiterklasse aufs Spiel zu setzen, und einen entschlossenen Schritt tun.

Die Regierungskrise in Polen, die man lange erwartet hat sich nicht sofort zu einer scharfen Machtkrise zugespitzt. Präsident **Mościcki** hat den Rücktritt des ganzen Kabinetts nicht angenommen. Bis zum Schlusse des Monats wird ein ... zehn Tage übriggeblieben, und im Falle einer Verschärfung der Krise wäre der Staat zum 1. Mai ohne ein genehmigtes Budget geblieben. Diese Aufgabe muß das **Rumpfkabinett des Ministers Strzajski** durchführen; die notwendige Parlamentsmehrheit die monarchistisch-klerikale Partei der **national-demokratischen** ausfüllen, natürlich um den Preis der **Festigung des ... Kurses.**

Die wirkliche Krise, die Machtkrise, steht erst bevor. Die ... in Polen treiben bereits sich zu gründlichen Umstürzen vor. Die **Anhänger Piłsudskis** träumen ... seiner Diktatur. Die **kommunistische** Losung der Arbeiter- und Bauernregierung sammelt immer breitere Schichten der werktätigen Massen um sich.

(Schluß morgen.)

Aus den Reichstagsverhandlungen

Freie Bahn dem Volksentscheid!

Der Reichstag macht sich abermals lächerlich

Am Dienstagvormittag kam im Rechtsausschuß des Reichstags der Volksbegehrens-Antrag auf Enteignung der Fürsten und die beiden Abfindungsanträge der Demokraten und des Zentrums zur Beratung. Zuerst stellte man fest, daß man eine sachliche Beratung des Stoffes entbehren könne, da alle Fragen in den vergangenen 36 Sitzungen genügend geklärt seien. Auch die Sozialdemokraten ließen durch Rosenfeld eine diesbezügliche Erklärung abgeben, in der sie möglichst schnelle Erledigung der Ausschußberatung forderten. Es wurde eigentlich nur noch über die Frage diskutiert, ob die demokratischen und Zentrumsanträge verfassungsändernden Charakter hätten und im Reichstagsplenum einer Zweidrittelmehr bedürfen, wenn der verfassungsändernde Charakter bei dem Volksbegehrensantrag bejaht werde. Es standen sich gegenüber die Meinungen der Demokraten und der Zentrumspartei einerseits, der Volkspartei und der Regierung andererseits. Angesichts dieser peinlichen Situation hielten es die Regierungsparteien für das Beste, auf weitere Verschleppung zu verzichten.

Bei der Abstimmung über den Volksbegehrensantrag stimmten die drei Kommunisten und die sieben Sozialdemokraten für, die 16 anwesenden Vertreter der übrigen Parteien gegen das Volksbegehren.

Der **demokratische Abfindungsantrag** wurde mit allen gegen die zwei demokratischen Stimmen **abgelehnt.** Für den Zentrumsantrag stimmten sechs Zentrumsabgeordnete und Demokraten gegen 21 Vertreter der übrigen Parteien.

Der Volksbegehrensantrag ist nun erneut zur dritten Beratung dem Plenum des Reichstages überwiesen. Inzwischen wird die Regierung ein eigenes Gesetz dem Reichstag vorlegen, das sich im wesentlichen an die letzte Fassung des Kompromißentwurfes anschließen wird.

Gegen den Alkoholismus

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag spricht sein Befremden darüber aus, daß die Reichsregierung dem Reichstagsbeschluß vom 18. Februar 1925, der ein **Schutzgesetz zur Bekämpfung des Alkoholismus** verlangte, immer noch nicht nachgekommen ist. Der Reichstag ersucht die Reichsregierung, dieses längst geforderte Gesetz nunmehr unter Einbeziehung eines wirksamen Gemeindebeschlußrechts schleunigst vorzunehmen."

Die Dummheit soll sie retten!

Die kommunistische Fraktion des Reichstages hatte folgenden Antrag eingereicht:

„Der Reichstag wolle beschließen: um die Berufsarbeit der **werktätigen Bauern und Landarbeiter** zu heben, ist eine ... torischer Fortbildungsunterricht, verbunden mit praktisch-theoretischer Einführung in die landwirtschaftliche Betriebslehre, Buchführung, Boden-, Tier-, Pflanzen- und Maschinenkunde zuführen. Zu diesem Zweck ist ein dichtes Netz landwirtschaftlicher Versuchsstationen aus Mitteln des Reiches, der Länder und Gemeindeverbände einzurichten. Die Leiter dieser Versuchsstationen haben neben der ständigen bäuerlichen Wirtschaftsberatung **regelmäßige Kurse, verbunden mit praktischen Unterweisungen** zu führen. Die bestehenden Winterschulen sind in diesem Sinne umzugestalten. **Die Kurse sind unentgeltlich. Für die Schüler sind ausreichende Beihilfen zu gewähren."**

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten von der gesamten Rechten des Hauses abgelehnt.

Hieran steht man wieder einmal, wie die Bourgeoisie und die bürgerlichen Parteien **geradezu Angst haben,** den Landarbeiter und schaffenden Bauern irgendwelches Wissen zu vermitteln. Natürlich: diese Sorge ist verständlich, denn nur allzu leicht könnte der schaffende Landvolk alsdann merken, **daß all das Kruppsche Rittergutsbesitzern usw. überflüssig ist,** und es könnte sogar sonst auf den Gedanken kommen, dieses Gesindel zum Teufel zu jagen. **Wissen ist Macht** — soviel versteht der letzte Landrat aller bürgerlichen Parteien.

Für den Schutz unehelicher Mütter und Kinder

Die kommunistische Reichstagsfraktion hatte einen Antrag eingebracht, nach dem die Reichsregierung aufgefordert wird, sofortig einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die die ... gesetzlichen Bestimmungen über **die Ehe, die Mutterschaft und unehelichen Kinder** mit den Vorschriften der Artikel 119 ... der Reichsverfassung in Einklang gebracht werden und insbesondere die **Ehescheidung** erleichtert und die **Rechtsstellung der unehelichen Mutter und des unehelichen Kindes** verbessert wird.

Dieser Antrag wurde von der gesamten Rechten gegen die Antragsteller und Sozialdemokraten abgelehnt.

Bund der Freunde der JAH.
Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Halle. Die Nähstube ist verlegt nach der Lutherschule, Schlossersstraße (Haltestelle der Linie 4). Nähstubenabend am Montag bei Donnerstag ab 3½ Uhr nachmittags. Weitere Mitarbeiterinnen dringend erwünscht. Meldungen in der Nähstube.
Halle. Donnerstag, 6. Mai, abends 8 Uhr, im „Volkspark" wichtige BL.-Sitzung.

Bezirk: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425
Halle. Die Kassierer werden gebeten, die Abrechnungsseiten Dienstags und Freitags, abends 5 bis 7 Uhr, pünktlich einzuhalten.
Bitterfeld. Donnerstag, den 6. Mai, in der „Burg" Funktionärversammlung.
Delitzsch. Freitag, den 7. Mai, abends 7 Uhr, im „Lindenhof" Abrechnung für Monat April.
Bernburg-Köthen. Alle Genossen, welche noch im Besitz von Literatur sind, werden hiermit aufgefordert, dieselbe bis Freitag, den 7. Mai, abends, an den Literaturobmann zurückzugeben, da Sonnabend eine neue Einteilung vorgenommen wird. Diejenigen Genossen, welche am Sonntag, den 9. Mai, beim Ausmarsch des RJB. Literatur verteilen wollen, melden sich bis Sonntag früh 8 Uhr in der Wohnung beim Obmann.

Achtung! Hausfrauen! Achtung!
Geschäfts-Eröffnung
Zu der am **Donnerstag, dem 6. Mai,** stattfindenden **Geschäfts-Eröffnung** bringe ich folgende billige Fleisch-Offerte:

Rindfleisch ohne Knochen	℔ 1,00	**Schweinebauch**	℔ 0,90
Bitte zum Kochen, mit Knochen	℔ 0,80	**Schweineschinken**	℔ 1,10
Rouladen	℔ 1,00	**Kamm und Kotelettes**	℔ 1,20
Goulaschfleisch	℔ 0,80	**Schmer und fettes Fleisch**	℔ 0,80
Gehacktes, gemischt	℔ 0,80	**Hammelfleisch**	℔ 0,90 und 1,10

Ferner kommt ein großer Posten prima **Schlack- und Salamiwurst** zum Verkauf ..... ℔ 1,80
Um regen Zuspruch bittet 1718
P. Kuhns Fleisch-Zentrale, Leipziger Str. 53 am Riebeckplatz

Schwanken Sie nicht, sondern **wählen** Sie zum Streichen der Fußböden nur
Hadro-Lackfarbe
in gesetzlich geschützten Original-Dosen ½ kg Mk. 1,10, 1/1 kg Mk. 2,00, 2½ kg Mk. 4,50
Der Verkauf von Tausenden von Büchsen im Vorjahre beweist die Güte und Beliebtheit dieser Marke. — Zu haben in allen der Hadro angeschlossenen Drogenhandlungen in Halle und Umgeg.
Für **Weiß-Lackierung** nur
Hadro-Emaille 79

Morgen Schlachtefest Bütz, Weißenfels Georgenberg 31

Morgen, Donnerstag: Schlachtefest Karl Krug Zeitz Schützenstraße 9

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Bitterfeld Bitterfeld
Thiemes Molkerei
Burgstr. 40 Spezial-Geschäft Burgstr. 40
empfiehlt sämtl. Molkerei-Produkte als:
Ia Vollmilch in Zinch., auch frei Haus — Ia Speise-Quark
Ia Molkerei-Butter — Ia Joghurt-Milch
Ia frische Landeier
und sämtliche Sorten Käse zu stets äußerst billigen Tagespreisen!
Spezial-Margarine „Marke Konkurrenzlos" ..... ℔ 0,65
Spezial-Margarine „Thiemes Hausmarke" ..... ℔ 0,75
Bei Einkauf in Höhe von 1,50 Mk. gebe Donnerstag Freitag und Sonnabend auf sämtliche Artikel (ausgeschlossen Molkereibutter) ¼ Pfd.-Packung allerfeinsten 22% Kakao gratis

Spendet für die Rote Hilfe

Arbeiter-Bildungs-Ausschuß Halle-Saale
Die Einzeichnungslisten für die
Sommer-Konzerte
werden am 8. Mai eingezogen
Darum zeichnet noch ein
Hauptkarte Mk. 5,00, Nebenkarte Mk. 3,00

Alle Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandlungen
Hora 42/44 und Lerchenfeldstr. 14

Elternbeirat Knabenschule Pfesterita
Wahllisten für die Elternbeiratswahl der Knabenschule Pfesterita am 16 Mai sind bis zum 6 Mai, abends 6 Uhr dem unterzeichneten Wahlvorsteher einzureichen 542
Der Wahlausschuß
J. A.: M. Majert, Coswiger Str. 98
Wahllokal am 16. Mai Knabenschule Pfesterita. Wahlzeit nachmittags von 1 bis 7 Uhr

Stadt-Theater
Donnerstag 8 Uhr Heimliche Brautfahrt
Freitag 8 Uhr „Jarich zu Wedhusen"
Sonnabend 8 Uhr Heimliche Brautfahrt

Walhalla Telephon 8385
Täglich 8 Uhr: Der fröhliche Weinberg

Moderna Theater
Direktion Fritz Fischer
Von Erfolg zu Erfolg!
führt der Mai-Spielplan!
Vorankzeige
Donnerstag, n. 6. (Nach der Wahl.)
Prämierung des schönsten Bubikopfs
Gesellschaftsball
Leitung Prof. A. Dolores

Wer tauscht Wohnung
in Halle gegen solche in Mögliß? *1711
Sieran, Mögliß

Zoologischer Garten
Donnerstag, den 6. Mai, nachmittags 4 und abends 8 Uhr
Konzerte
des Hallischen Sinfonie-Orchesters
Leitung: Benno Sch...

Bromenade-Klapp-Wagen
empfiehlt in ... wohl Qualität wie Preisgarantie ...
Große Auswahl, billigste Preise
Franz Reinhardt, Kl. Brauhausstraße
Aeltestes Korb- u. Kinderwagenhaus

Sonnabend, den 8. Mai, abends 8 Uhr, in Zickers ...
Vorführung des großen Kriminalfilms
„Sein Mahn..."
mit dem Bestian ...
Das Wunder des Schlafes
Einwohner von Größ-Rosenhain, Zickerneuwik, Gopa, Mö... scheint in Massen!

persil wozu noch Seife?
Verwenden Sie Persil ohne jeden Zusatz, es enthält beste Seife reichlich.

Bekanntmachung
Grasverpachtung in den städtischen Anlagen und an den Wegen und auf der Sagebrücke
Montag, den 10. Mai, ... 7 Uhr, beginnend am Stadtgarten ...
Dienstag, den 11. Mai, ... 7 Uhr, beginnend auf der Sagebrücke ...
Mittwoch, den 12. Mai, ... 11 Uhr, an der Oberschule ...
Der Verkauf erfolgt meistbietend gegen sofortige Bezahlung. Bedingungen im Termin.
Eisleben, den 1. Mai 1926
Der Magistrat
*1713

Die Straße vom Unterbaum bis zum Lyceum erhält die Bezeichnung „Geminerstraße".
Die an den einzelnen Straßen wohnenden Hausnummern werden den Eigentümern noch mitgeteilt werden.
Eisleben, den 28. April 1926
Die Polizeiverwaltung
gez. Clauß
*1714

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260505-15/fragment/page=0008